

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

8. Sitzung
2. Juni 2022

Beginn: 08.59 Uhr
Schluss: 12.09 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung – neu –

Vorlage gemäß Artikel 62 Abs. 3, 63 der Verfassung
von Berlin

Drucksache 19/0345

**Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens „Berlin
2030 klimaneutral“ (Änderung des Berliner
Klimaschutz- und Energiewendegesetzes)**

[0035](#)
UVK

Hierzu: Anhörung gem. § 17a Abs. 1 AbstG

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet heute gemäß Artikel 62 Abs. 3 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 17a Abs. 1 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Abstimmungsgesetz eine vorgesehene Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Berlin 2030 klimaneutral“ statt. Insoweit werden wir sowohl die gesetzlich vorgesehene Beratung als auch die Anhörung der Vertrauenspersonen im Ausschuss durchführen. Über das weitere Vorgehen informiere ich Sie dann im Anschluss an die Anhörung.

Ich habe vorhin unsere Anzuhörenden begrüßt. Ich habe eine neue Information. Herr Zimmer wird doch digital zugeschaltet, er wird nicht vor Ort sein. Ich darf die Vertrauenspersonen nochmals darauf hinweisen, dass diese Sitzung übertragen und im Nachhinein abrufbar sein wird. Ich gehe von Ihrem Einvernehmen diesbezüglich aus. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Ich gehe außerdem davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Kopfnicken. Das ist der Fall, dann ist es so beschlossen. Senatsseitig ist zu diesem Punkt außerdem Frau Anne Kellerhoff zugeschaltet. – Ich möchte fragen, ob es vonseiten des Senats eine einleitende Stellungnahme gibt. Das ist der Fall. – Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Vielen Dank! – Mit dem Antrag auf die Einleitung des Volksbegehrens „Berlin 2030 klimaneutral“ soll das Land Berlin durch die Änderung des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2030 verpflichtet werden. Das ist an sich ein schönes Ziel, und wir würden uns freuen, wenn wir in Berlin die Klimaneutralität 2030 erreichen könnten. Wir sind der Initiative des Volksbegehrens insofern wirklich sehr dankbar, dass sie mit großem Engagement mehr Klimaschutz in Berlin erreichen will und vehement einfordert. Das gibt grundsätzlich dem Anliegen des Klimaschutzes Rückenwind. Ich denke, das ist gut.

Wir als Senat haben einen Standpunkt zu dem Gesetzentwurf beschlossen. Darin unterstützen wir ausdrücklich die grundsätzliche Absicht des Volksbegehrens, den Klimaschutz in Berlin zu verstärken, um die Ziele des Klimaschutzabkommens von Paris zu erreichen. Allerdings halten wir die durch das Volksbegehren vorgeschlagenen Änderungen des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes Berlin nicht für ein geeignetes Mittel zu diesem Zweck, weil sie die Handlungsmöglichkeiten des Landes Berlin fehleinschätzen beziehungsweise einfach überschätzen. Kurz gesagt: Das, was mit den Änderungen gefordert wird, werden wir einfach nicht einlösen können, und deswegen halten wir es nicht für sinnvoll, das so zu beschließen.

Das würde ich gern noch kurz im Einzelnen ausführen. Zum einen ist ganz wichtig, dass das Land Berlin die Erreichung der Klimaziele auf unserem Landesgebiet gar nicht alleine in der Hand hat. Was mit den Änderungen gefordert würde, ist, dass wir die Klimaschutzziele, die Klimaneutralität in Berlin, 15 bis 20 Jahre vor dem Bund beziehungsweise vor der EU erreichen müssen; ich habe die Klimaziele vorhin genannt. Wenn man das auf 2030 vorzieht, müssten wir das in einem kleinen Gebiet, in Berlin, lange vor der gesamten Bundesrepublik und der EU erreichen. Das ist schon deswegen schwierig, weil große Teile der Regelungen, die uns den Klimaschutz ermöglichen und die zum Klimaschutz beitragen, sowohl die Regelungen als auch die materiellen Voraussetzungen, durch die Bundes- und EU-Ebene gesetzt werden. Das betrifft beispielsweise die Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energien und CO₂-frei erzeugten grünen Wasserstoff.

Wir haben uns selbst auf den Weg gemacht – der vergangene Senat schon in der letzten Legislaturperiode –, Berlin möglichst weitgehend Paris-konform zu machen. Wir haben dazu eine Machbarkeitsstudie „Berlin Paris-konform machen“ beauftragt; das wurde ja angesprochen. Ich denke, es wäre tatsächlich sinnvoll, auch in diesem Ausschuss einen Termin zu finden, wo die Autoren der Studie Zeit haben und diese Anhörung noch durchgeführt werden kann. Denn ich halte es für eine wirklich sehr gute Studie, die angefertigt wurde, weil sie nicht nur einen abstrakten Zustand beschreibt, wie Klimaschutzziele erreicht werden könnten, sondern sich auch sehr genau die Hemmnisse, Hürden und real gegebenen Möglichkeiten anguckt und dabei zu dem Ergebnis kommt, dass eine Klimaneutralität in 2030 nicht erreichbar ist. Schon die Ziele, die wir uns jetzt gesetzt haben, 2045, werden extrem herausfordernd sein.

Die Hemmnisse, die aufgezeigt werden, sind beispielsweise Planungs- und Realisierungszeiträume für Vorhaben der Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Das kann man nach dem geltenden Planungsrecht und der Verfügbarkeit der entsprechenden Firmen, die diese Infrastruktur bauen müssen, nicht von jetzt auf gleich machen. Wir haben ein großes Problem des Fachkräftemangels in zentralen Wirtschaftszweigen. Das werden wir in dieser Legislaturperiode angehen. Sowohl wir als auch SenIAS sind stark dran, dass wir eine Fachkräfteoffensive starten wollen, um diesen Punkt anzugehen. Fachkräfte kann man aber nicht in einem halben Jahr ausbilden. Bis 2030 sind es nur noch acht Jahre. Bis eine Gesetzesänderung in Kraft getreten wäre, sind es noch wenige Jahre. Das sehen wir einfach nicht als möglich an. Weitere Schwierigkeiten gibt es bei der Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff und anderen CO₂-frei erzeugten Gasen. Natürlich haben wir auch Zielkonflikte bei der energetischen Gebäudesanierung.

Wir sehen in den Vorschlägen des Volksbegehrens keine Lösung für diese auf der praktischen Ebene vorhandenen Fragen. Wir teilen, wie gesagt, den Wunsch nach einer schnelleren Klimaneutralität, nach mehr Klimaschutz, sehen aber nicht, wie diese Hemmnisse aufgelöst werden können. Die gesetzliche Verankerung von nach unserer Auffassung unerreichbaren Zielen wäre aus unserer Sicht kontraproduktiv, weil das eine trügerische Sicherheit schaffen würde: Die Ziele sind jetzt gesetzlich verankert, dann werden die schon eingehalten. – Das wird aber einfach nicht passieren. Wenn wir diese Ziele gesetzlich verankern, werden sie deswegen trotzdem nicht eingehalten, und wir laufen nur in die Verletzung der gegebenen Gesetze und würden damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Gesetz möglicherweise erschüttern.

Das aktuelle Klimaschutz- und Energiewendegesetz, möchte ich zum Abschluss noch sagen, ist bereits eines der ehrgeizigsten Landesklimaschutzgesetze, die wir in Deutschland haben.

Wir werden das jetzt mit der Fortschreibung des BEK noch weiter konkretisieren und auch die geforderten, ganz konkreten Indikatoren einbauen, um zu einer möglichst schnellen Nachsteuerung zu kommen. Wir werden versuchen, die Klimaneutralität so schnell wie möglich zu erreichen. Ich sehe aber in der Tat keine Möglichkeit, das bereits 2030 zu schaffen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, Dr. Karcher! – Damit kommen wir nun zur Anhörung. Wie bereits angekündigt, haben Sie, die Anzuhörenden, jeweils fünf Minuten – ich sage es noch mal, bitte fünf Minuten, nicht länger, wir tagen bis 12 Uhr – für Ihre einführenden Stellungnahmen. Ich bitte Sie, auf die Zeit zu achten, da die Anhörung von fünf Personen erfahrungsgemäß viel Zeit in Anspruch nimmt. Haben Sie sich selbst auf eine Reihenfolge verständigt, oder soll ich die Vertrauenspersonen nacheinander aufrufen, nach der alphabetischen Reihenfolge?

Klara Kramer (Vertrauensperson): Wir haben eine Reihenfolge. Wir hätten gedacht, dass Frau Auer startet, dann Herr Zimmer folgt und dann ich, anschließend Volker Quaschnig und danach Frau Schäfgen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Gut, danke, Frau Kramer! – Dann würde ich der Initiative das Wort erteilen. Frau Auer ist digital zugeschaltet. – Sie haben das Wort, Frau Auer!

Dr. Cornelia Auer (Vertrauensperson) [zugeschaltet]: Ganz herzlichen Dank! – In dem Sinne möchte ich mich zuerst in die Runde im Namen von uns allen ganz herzlich bedanken, dass wir heute das Forum bekommen und sprechen können. Wir wissen das sehr zu schätzen. Ich bin leider gesundheitlich ein bisschen angeschlagen, deswegen werde ich mich kurzhalten. Ich würde gerne über Realismus sprechen und mich bei Frau Dr. Karcher bedanken, dass sie uns erklärt hat, was die Hintergründe sind, warum Sie Klimaneutralität 2030 für unrealistisch halten.

Mein Thema heute ist, warum ich als Wissenschaftlerin trotzdem die Klimaneutralität 2030 unterstütze. Diese Zielmarke mag vielen als unrealistisch erscheinen, was ich in meiner wissenschaftlichen Arbeit aber sehe, ist auch, dass bei den Transformationsszenarien, die dort gerechnet werden, eine andere Art von mangelndem Realismus vorherrscht. Wenn man zum Beispiel die Verkehrswende nimmt, müssen wir dort sehr viel diskutieren, dass eine echte Mobilitätswende absolut nicht realistisch ist. Niemand kann sich vorstellen, dass Menschen so schnell und so umfassend auf ihr Auto verzichten und auf andere Verkehrsträger umsteigen. Im selben Moment muss man sich aber diese Transformationsszenarien anschauen und die Alternativen sehen. Diese Alternativen sind von Technokratie und Anspruchsdenken geprägt, muss ich leider sagen. Dort werden in der Zukunft einfach Tech-Parameter aufgedreht. Da spreche ich noch nicht einmal davon, ob wir die Ressourcen dafür haben, dass wir massenhaft Elektroautos haben, sondern wegen der angenommenen Trägheit in unseren westlichen Gesellschaften geht man zusätzlich davon aus, dass später plötzlich synthetische E-Fuels, negative Emissionen usw. umfassend zur Verfügung stehen, um die Verfehlungen der Vergangenheit zu kompensieren. Ich finde, dass Realismus in diesem Kontext leider ein sehr dehnbarer Begriff wird. Ich bitte Sie, dass Sie sich das immer vor Augen führen. Die Frage ist, welche Generation sich mit unrealistischen Herausforderungen auseinandersetzen muss.

Der letzte IPCC-Bericht hat seine Einschätzung, wann wir das erste Mal eine 1,5-Grad-Erwärmung erleben werden, drastisch nach unten korrigiert. Aus einem Intervall, das bis 2050

ging, ist nun mit größter Wahrscheinlichkeit geworden, dass es in den 2030-ern passieren wird. Das sind noch ungefähr zehn Jahre. Wir haben jetzt eine Erwärmung von 1,1 Grad. Ich glaube, wir haben den fünften Dürresommer in Brandenburg. Allen in diesem Raum dürfte also klar sein, dass die Klimafolgen schneller und stärker kommen, als es jemals von der Wissenschaft prognostiziert wurde und dass uns die Zeit davonläuft. Der Klimawandel ist nicht weit weg, sondern die Einschläge kommen näher und werden häufiger. Nichts mit der Verschärfung der Lage wird in dieser Stadt einfacher werden. Sicher können wir auf Innovationen zählen, aber wir sollten uns nicht auf Technologien verlassen, die heute nur auf Demonstrationsebene existieren und von denen niemand weiß, ob sie jemals skalieren können, da sie ironischerweise auf Unmengen von Energie basieren. Mit der Physik lässt sich nicht verhandeln. Deswegen ist Klimaneustart ein wichtiger Partner, ein Leuchtturm, der die politischen und sozialen Kräfte genau daran erinnert: Mit der Physik lässt sich nicht verhandeln. Wir müssen tun, was wir heute tun können. Geben Sie den Druck an die Bundesparteien weiter, wenn Ihnen die Hände gebunden sind. Wir dürfen nichts, aber auch gar nichts, auf die lange Bank schieben. Für Berlin wünsche ich mir bei der Transformation eine – ich würde es fast so nennen – feministische, inklusive Handschrift, die umsichtig die Mittel und Ressourcen wählt und nicht auf irgendwelche technischen Wunder in der Zukunft setzt. – Vielen Dank! Ich gebe weiter an Herrn Zimmer.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Dr. Auer! – Das mache ich. Die Weitergabe ist meine Aufgabe. – Herr Zimmer ist als Nächster dran! – Herr Zimmer, Sie sind digital zugeschaltet. Sie haben das Wort, bitte schön!

Stefan Zimmer (Vertrauensperson) [zugeschaltet]: Danke für das Wort! – Ich bin jetzt leider auch nur digital zugeschaltet, wegen des starken Verdachts auf eine Coronainfektion. Ich wollte Sie nicht gefährden. Ich spreche als Vertrauensperson, als Mitglied von Klimaneustart. Ich bin dort seit drei Jahren aktiv. Sie kennen uns ja aus den letzten Jahren. Wir hatten die Anerkennung der Klimanotlage mit unserer ersten Volksinitiative durchgesetzt. Auch dank uns tagt jetzt der Klimabürger:innenrat. Den hatten wir angeregt und mit unserer zweiten Volksinitiative durchgesetzt. Jetzt haben wir im letzten Jahr unser Volksbegehren eingeleitet, um die Berliner Klimaziele in Einklang mit dem Pariser Abkommen zu bringen. Bei allen drei Sammlungen war ich auf den Straßen und Plätzen auch selbst unterwegs. Ich habe, glaube ich, in den letzten drei Jahren – ich habe es mal überschlagen – mit 10 000 bis 15 000 Menschen gesprochen. Ich habe dort auf der Straße einen enormen Zuspruch gegenüber einem stärkeren Klimaschutz, als er aktuell in Berlin zu beobachten ist, wahrgenommen. Wir haben gestern den Crowdfunding-Contest von der Hertie Stiftung gewonnen. Wir haben unsere Fundingsumme mehr als verdoppelt und sind als Sieger rausgegangen. Ich glaube, auch das zeigt einen sehr breiten Rückhalt für einen entschlossenen Klimaschutz und dass wir durchaus mobilisierungsfähig sind.

Ganz grob zusammengefasst fordern wir – Sie hatten es vorhin schon angerissen – die Anpassung der Klimaziele. Wir wollen, dass im Gesetz festgeschrieben wird, dass Berlin bis 2030 95 Prozent der Emissionen reduziert, bis 2025 als Zwischenschritt bereits 70 Prozent, also ein Vorziehen der Klimaziele. Wir wollen, dass alle Treibhausgase berücksichtigt werden und dass die Ziele im Gesetz zu Verpflichtungen werden, um das Ganze noch ein bisschen verbindlicher zu machen. Uns ist auch wichtig, die Transformation sozial gerecht zu machen, also dass bestehende soziale Ungerechtigkeiten, die eventuell verschärft werden, ausgeglichen

werden und dass der Senat auf jeden Fall alles tut, um zu reduzieren, bevor CO₂-Emissionen einfach nur kompensiert werden.

Bei diesen Forderungen – wir hatten uns in der Gruppe lange darüber unterhalten und diskutiert, was wir eigentlich fordern können, was wir fordern sollen – gehen wir nicht davon aus, was Sie gerade für realpolitisch machbar halten. Sondern wir sind davon ausgegangen, was die Wissenschaft sagt, nämlich, dass unser Budget bald aufgebraucht sein wird. Ich glaube, Prof. Quaschnig wird dazu noch mehr sagen. Frau Jarasch hat zu ihrer ablehnenden Haltung betont, dass wir keine neuen Ziele mehr bräuchten, sondern jetzt wirksame Maßnahmen. Diesem zweiten Punkt stimmen wir absolut zu, da haben Sie zum Ende der letzten Legislaturperiode mit der Novelle des EWG einige sinnvolle Entwicklungen angestoßen und auf den Weg gebracht, die Solarpflicht leider nur auf Neubauten und bei Renovierungen von Dächern, die Elektrifizierung der öffentlichen Fahrzeugflotte und, was wir für sehr sinnvoll halten, den Einstieg in die ökologische Regulierung der Fernwärme. Das sind sinnvolle Maßnahmen, aber all diese Maßnahmen und auch das jetzt gerade neu vorbereitete BEK gehen davon aus, dass wir noch bis 2045 munter weiter emittieren können. Das ist nicht der Fall.

Sie haben betont, dass wir neue Maßnahmen bräuchten und nicht einfach nur die Ziele verschärfen sollen. Wir als zivilgesellschaftliche Gruppe wollen aber jetzt nicht von oben herab Maßnahmen diktieren und als Besserwiserinnen und Besserwisser auftreten. Denn die eigentlichen Expertinnen und Experten für gute Lösungen sitzen in den Kiezen, in den Miethäusern. Sie sitzen nicht nur in den Expertenkommissionen, darum haben wir letztes Jahr den Klimabürger:innenrat durchgesetzt. Wir wollen die Bevölkerung beteiligen und ihre Erfahrungen, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten nutzen und sie bei der Transformation, bei dieser schnellen Transformation, die durchaus wahrscheinlich die eine oder andere Hürde nehmen werden muss, mitnehmen.

Sie hatten gesagt, Berlin ist ohnehin schon Vorreiter im Klimaschutz. Wir sagen dazu: Nein, das ist Berlin leider nicht mehr. In 75 Städten Deutschlands laufen ähnliche Bürgerbegehren, und zahlreiche Stadtregierungen haben sich mittlerweile dazu verpflichtet, bis 2030 oder 2035 klimaneutral zu werden.

Wir sind erstaunt, warum Berlin sich nicht bei dem EU-Programm beworben hat. Über 100 Groß- und Hauptstädte haben sich in diesem EU-Programm dazu verpflichtet, bis 2030 zum Teil erst auch 2035 klimaneutral zu werden. Darunter Städte wie Athen, Rom, Mailand, Budapest, Marseille, Barcelona, Madrid – auch eine 3,5 Millionen Einwohnerstadt –, Stockholm, Rotterdam oder auch in Deutschland Frankfurt am Main und München. Berlin hält nach wie vor am Zieljahr 2045 fest. Sie argumentieren, Berlin könne manche Sachen gar nicht regeln, die dafür aber geregelt werden müssen. Sie lägen auf Bundes- oder EU-Ebene. Da frage ich Sie: Wie machen das denn diese anderen Städte? Wie will das denn München hinbekommen? Wir denken, dass da durchaus noch Spielraum ist. Wir können jedenfalls nicht noch 23 Jahre weiterdiskutieren und uns Zeit lassen. Wir müssen jetzt massiv runter mit den Emissionen und uns nebenbei auch von Autokraten und Diktatoren unabhängig machen. Dass Veränderungen ganz schnell möglich sind, haben uns die letzten beiden Jahre während der Pandemie gezeigt. Da waren breite Radwege plötzlich über Nacht möglich, was sonst sieben bis neun Jahre dauert. Solche Maßnahmen können und müssen schneller gehen. Lassen Sie uns daher jetzt wirklich zusammenarbeiten. Werden Sie Ihrer Verantwortung für das Wohl der Stadt und auch der zukünftigen Generationen gerecht. Machen Sie die schnelle Transformation zu einem klimaneutralen Berlin zu Ihrer Herzensangelegenheit. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Zimmer! – Als Nächste ist Frau Kramer vor Ort an der Reihe. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Klara Kramer (Vertrauensperson): Hallo alle miteinander! Verehrte Abgeordnete! – Danke, dass wir heute hier sein und über unser Anliegen sprechen können! Mein Name ist Klara Kramer. Ich bin aktiv bei Fridays for Future und auch beim Bündnis hinter diesem Volksbegehren. Ich muss es eigentlich gar nicht so weit ausführen. Die Klimakrise spitzt sich immer weiter zu. Katastrophen nehmen in ihrer Häufigkeit und ihrer Intensität auch immer weiter zu. Das sehen wir einerseits weltweit, wenn wir gerade an Indien oder Bangladesch denken, mit Hitzewellen von über 50 bis 60 Grad. Das sehen wir aber auch in Europa und Deutschland, wenn wir beispielsweise an das Ahrtal denken oder auch an die extreme Trockenheit gerade im Osten von Deutschland. Selbst wenn wir nach Berlin schauen, sehen wir, dass an heißen Tagen im Sommer reihenweise Menschen kollabieren, weil sie die Hitze nicht vertragen.

Das ist ein Zustand, der sich immer weiter verschärft und den wir als Gesellschaft so eigentlich nicht hinnehmen können. Berlin könnte eine so viel schönere, lebenswertere und gesündere Stadt für uns alle sein, wenn wir entsprechend handeln. Für uns heißt entsprechendes Handeln, dass Berlin seinen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen erfüllt und bis 2030 klimaneutral wird. Genau deswegen steht die Klimagerechtigkeitsbewegung in Berlin hinter diesem Volksbegehren. Organisationen wie Fridays for Future, XR, andere For-Future-Gruppen, KLUG, Changing Cities, ... [unverständlich] Berlin, die Grüne Liga etc. teilen diese Forderungen nach einem klimaneutralen Berlin bis 2030. Erst Anfang letzten Jahres hat Fridays for Future Berlin zum Beispiel seinen Forderungskatalog veröffentlicht, in dem ebenfalls gefordert wurde, dass Berlin bis 2030 klimaneutral werden soll. Auch Initiativen und Organisationen, die nicht explizit etwas mit Klima zu tun haben, wie beispielsweise die Expedition Grundeinkommen oder der Heimathafen Neukölln, unterstützen uns, denn Klima ist, das darf man nicht vergessen, ein unfassbares intersektionales Thema. Man kann es nicht separat betrachten, denn es spielt in so viele andere Lebensbereiche und Themen hinein, ob es Wirtschaft, Gesundheit, Sicherheit ist oder gerade in Berlin Themen wie Bauen, Wohnen und Miete.

Was ich betonen möchte, ist, dass die Klimakrise unfassbar viele Gerechtigkeitsfragen aufwirft. Gerade und insbesondere bedeutsam auch für mich ist die Frage nach der Generationengerechtigkeit. Das Bundesverfassungsgericht hat beispielsweise in seinem Urteil vom letzten Jahr bestätigt, dass die Freiheit von künftigen Generationen durch eine zu schwache Klimapolitik gefährdet ist. Wenn heute notwendige Maßnahmen nicht ergriffen werden, müssen Sie in Zukunft so stark ausfallen, dass die Grundrechte von künftigen Generationen eingeschränkt werden könnten. Anders als vielleicht viele andere hier im Raum werde ich noch eine 2,5 Grad heißere Erde erleben, wenn die Entwicklung so weitergeht, und danach sieht es aktuell auch aus. Ein Mensch, der heute jünger als zehn Jahre ist, könnte sogar eine 3 Grad heißere Welt erleben. Natürlich spielen auch andere Gerechtigkeitsfragen eine unfassbar wichtige Rolle, nicht zu vergessen beispielsweise die sozialen Fragen. Fragen der Bildung, der Einkommensgerechtigkeit sind wichtig und müssen bedacht werden. Weil die Klimafrage eine so krasse Gerechtigkeitsfrage ist, ist es umso wichtiger, dass alle Maßnahmen, ob es im Bund, im Land oder in Europa ist, unbedingt sozial gestaltet werden müssen, denn auch die Stadtgesellschaft in Berlin, überhaupt die Zivilgesellschaft, muss die Maßnahmen auch mittragen.

Einen Punkt, den ich auf jeden Fall noch ansprechen möchte, ist: Wir kennen schon viele Aussagen, dass Berlin besonders fortschrittlich und ambitioniert sei und seine Emissionen bereits stark reduziert hat. Jedoch frustriert es engagierte Menschen in der Klimagerechtigkeitsbewegung und Menschen, die sich damit beschäftigen, dass solche Aussagen getroffen werden, obwohl wir sowohl in Deutschland, aber auch hier in Berlin auf keinen Fall auf einem 1,5 Grad-Pfad sind, und genau das müsste unser Anspruch sein. Bis dahin müsste es heißen: Okay, wir haben zwar schon Schritte getan, aber wir müssen noch ambitionierter sein, denn wir sind noch nicht auf diesem Pfad. – Es ist seit Jahrzehnten bekannt, dass die Weltgemeinschaft, dass jede Stadt, jedes Land handeln muss. Bereits im Koalitionsvertrag von 2011 stand, dass Berlin langfristig klimaneutral werden muss. Es gab 2019 im Abgeordnetenhaus eine Debatte, in der auch gesagt wurde: Wir haben ein Budget, und das ist Anfang der Zwanziger-, Dreißigerjahre aufgebraucht. – Letztes Jahr saß Frau Auer bereits in der Anhörung zum Klimabürger:innenrat im Ausschuss und hat gesagt: Wir haben ein Budget, und das ist bis 2030 aufgebraucht. – Das sind alles Jahre, die verstrichen sind, die wir nicht genutzt haben, die verloren sind. Seit Jahren demonstriert die Klimagerechtigkeitsbewegung, macht Aktionen, aber die politischen Ziele sind immer noch nicht ausreichend angepasst worden. Daher wollen wir gerade auch mit diesem Volksbegehren zeigen: Viele Menschen in Berlin sind bereit, mutige Schritte zu gehen, Veränderungen anzunehmen, um künftigen Generationen eine lebenswertere Stadt und auch eine lebenswertere Welt zu hinterlassen. Der Zeitraum, in dem wir überhaupt noch Einfluss auf die Klimakrise nehmen können, wird immer kleiner. Wir haben es schon so oft gesagt, es ist unbedingt wichtig, dass wir jetzt beginnen, dass wir jetzt Maßnahmen ergreifen, dass wir jetzt loslegen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Kramer! – Als Nächster ist Herr Prof. Dr. Quaschnig an der Reihe. Er ist digital zugeschaltet. – Bitte, Sie haben das Wort!

Prof. Dr. Volker Quaschnig (Vertrauensperson) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! – Mein Name ist Volker Quaschnig. Ich bin Professor für regenerative Energiesysteme in Berlin an der Hochschule für Technik und Wirtschaft und möchte auch kurz meine Darstellung von der Thematik liefern. Wir haben von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon die Dringlichkeit erkannt. Ich möchte kurz auf das Pariser Klimaschutzabkommen ein-

gehen. Hier haben wir verbindliche Ziele, die auch der Deutsche Bundestag ratifiziert hat, die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Wenn wir das nicht schaffen, werden die Folgen katastrophal sein. Wir sehen jetzt schon bei der 1,1 Grad Erwärmung katastrophale Veränderungen. Sie haben wahrscheinlich in den Medien die Situation in Indien mit dramatischen Temperaturen verfolgt, die dazu führen, dass die Landwirtschaft in Indien dieses Jahr nicht die Erträge bringt, um das etwas diplomatischer auszuführen. Wir haben gleichzeitig die Krise in der Ukraine, das heißt, wir werden vor allen Dingen durch die Ereignisse in Indien dieses Jahr eine der größten Hungersnöte weltweit haben. Die globale Erwärmung wird dieses Jahr schon dafür sorgen, dass zig Millionen Menschen sterben, das heißt, unsere Verfehlung des Klimaschutzes der letzten Jahre sorgt für Tote, und das müssen wir vor Augen haben. Wenn Sie also im Herbst diese schrecklichen Bilder der Hungersnöte sehen werden, denken Sie daran, dass das auch eine Folge der Verfehlungen unserer Klimaziele der letzten Jahrzehnte ist. Wir haben dazu noch das Bundesverfassungsgerichtsurteil. Da war ich auch Kläger. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist relativ klar. Es stellt auch das Einhalten des Pariser Klimaschutzabkommens in die zentrale Handlungsoption, die die Politik machen muss. Es ist nicht verhandelbar, sondern auch hier ist es verfassungsgemäß vorgegeben, dass wir das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten müssen.

Wenn wir jetzt auf die Wissenschaft schauen, gibt es CO₂-Budgets, die wir einzuhalten haben. Das hat der IPCC, der Weltklimarat, berechnet, und auf Basis der Vorgaben des IPCC, was wir an CO₂ noch ausstoßen dürfen, hat der wissenschaftliche Beirat für globale Umweltfragen der Bundesregierung vor gut zwei Jahren Budgets für Deutschland ausgerechnet, also heruntergebrochen, was Deutschland noch ausstoßen darf, um die Klimaziele zu erreichen. Wollen wir auf den 1,5-Grad-Pfad gehen, ist das deutsche Budget bereits im Jahr 2030 aufgebraucht. Wollen wir noch bei 1,7 Grad enden, wäre das Budget bis 2035 aufgebraucht. Es gibt keine wissenschaftliche Untersuchung, die zeigt, dass mit einer Klimaneutralität von 2045 noch das Einhalten des Pariser Klimaschutzabkommens möglich ist. Das heißt, wir werden dann die 2 Grad-Grenze reißen. Wir werden nicht mehr deutlich unter 2 Grad bleiben. Deswegen verletzt eine Klimaneutralität 2045 nicht nur das Pariser Klimaschutzabkommen, sondern auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Ein Ziel, Klimaneutralität 2045, ist aus meiner Sicht in Deutschland nicht verfassungskonform, und das werden künftige Gerichtsurteile noch bestätigen. Insofern werden Sie dann gerichtlich dazu gezwungen, diese Ziele vorzuziehen. Deswegen, handeln Sie doch einfach jetzt, bevor wieder ein Gerichtsurteil kommt und das entsprechend macht. Es kann nicht sein, dass wir von 1,5 Grad Celsius sprechen, vom Einhalten des Pariser Klimaschutzabkommens, aber dann in Deutschland und auch in Berlin Ziele festlegen, mit denen es wissenschaftlich gar nicht möglich ist, das einzuhalten.

Man darf sich auch nicht als Berlin hinter Deutschland oder der EU verstecken. Wir sehen gerade, dass es eine große Bewegung in anderen Ländern gibt. Ich hatte vor der Sitzung hier einen Call mit Australien. In Australien haben wir eine neue Regierung. Selbst Australien möchte jetzt 2030 klimaneutral werden. Das heißt also, ein so großes Land möchte das entsprechend vorziehen, und das zeigt doch, dass wir eine Bewegung haben. Machen Sie eine ehrliche Klimaschutzpolitik, und wenn Sie sagen, 2045, und es ist nichts anderes möglich, dann müssen Sie auch kommunizieren, dass Sie bereit sind, das Pariser Klimaschutzabkommen nicht einzuhalten.

Natürlich brauchen wir große Anstrengungen. Das bestreitet niemand. Die Herausforderungen, das einzuhalten, sind enorm. Wir brauchen eine wahnsinnig schnelle Verkehrswende, das

heißt, mit dem weiteren Betrieb von Benzin- und Dieselaautos werden wir in Deutschland nicht klimaneutral werden können. Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Stadt von Verbrennungsmotoren befreien können, und wir müssen natürlich auch den Ausbau erneuerbarer Energien entsprechend vorantreiben. Die HTW Berlin hat hierzu eine Studie für Deutschland herausgebracht, was wir bauen müssten. Für Berlin heruntergebrochen bedeutet das, dass wir rund 30 Gigawatt Photovoltaik, 7 Gigawatt Wind, das sind ungefähr 1 500 Windräder, bräuchten, damit Berlin klimaneutral wird. Das funktioniert natürlich nicht auf dem Stadtgebiet in Berlin. Das ist vollkommen klar. Deswegen brauchen wir natürlich Partnerschaften zum Beispiel mit Brandenburg. Damit kann es gelingen, und das zeigen verschiedene Studien wie auch der Energy Watch Group, dass es möglich ist, wenn man den Raum Berlin-Brandenburg gemeinsam denkt, klimaneutral zu werden. Insofern, meine Bitte, mein Wunsch ist: Geben Sie sich einen Ruck, respektieren Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz, und die künftigen Generationen werden auf Ihre Entscheidungen schauen. Zerstören Sie nicht die Lebensgrundlagen unserer Kinder. Machen Sie Berlin bis 2030 klimaneutral. – Danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Quaschnig! – Als Nächste ist Frau Schäfgén vor Ort an der Reihe. – Bitte schön!

Génica Schäfgén (Vertrauensperson): Danke schön! – Guten Tag! Sehr verehrte Damen und Herren des Abgeordnetenhauses! – Vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, unser Anliegen anzuhören! – Mein Name ist Génica Schäfgén, und ich leite den deutschen Markt bei Ecosia. Ecosia ist eine 2009 gegründete Suchmaschine aus Berlin. Heute zählen wir über 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 20 Millionen Userinnen und User weltweit und weisen einen Jahresumsatz von 28 Millionen Euro auf. Obwohl wir 100 Prozent der Gewinne in den Erhalt des Planeten investieren durch Baumpflanzprojekte, erneuerbare Energien und viele andere Investitionen, wächst unser Unternehmen stetig. Wir sind ein sehr gutes Beispiel dafür, dass Wirtschaft und Klimaschutz sehr gut vereinbar sind und gut funktionieren. Als Vertreterin der Berliner Wirtschaft sage ich Ihnen: Wir möchten ein politisches Maßnahmenpaket im Sinne des Pariser Klimaabkommens. Es ist in unserem Interesse. Wir fordern eine schnellere und konsequentere Umsetzung beim Klimaschutz im Sinne der Forderung von Klimaneustart Berlin. Warum? – Zum einen aus Überzeugung. Überall schließen sich Unternehmen in Organisationen wie zum Beispiel Entrepreneurs for Future zusammen und setzen sich dafür ein, in eigenen Organisationen oder auf struktureller, politischer Ebene mehr Klimaschutz einzufordern. Es gibt auch Leaders for Climate Action. Beide Organisationen vertreten über 390 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und viele große Unternehmen, die Sie auch kennen. Es gibt viel mehr solcher Beispiele, und das Signal ist ziemlich eindeutig. Die Wirtschaft möchte Klimaschutz.

Neben der Überzeugung gibt es auch einfache ökonomische Gründe, denn Klimawandel wird teuer, das wissen wir alle. Die deutsche Wirtschaft kann zufolge verschiedener Studien Schäden in Milliardenhöhe erwarten, ein sinkendes Bruttoinlandsprodukt und ein Wegfall von vielen Tausend Arbeitsplätzen. Diese erwarteten Kosten sind deutlich höher als die benötigten Kosten für Klimaschutz. Es ist also eine ökonomisch intelligente Entscheidung und damit im Interesse der Berliner Wirtschaft, rechtzeitig und konsequent Investitionen in Klimaneutralität anzustreben. Studien des Bundesumweltamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehen mehr auf das Potenzial von investitionsorientiertem Klimaschutz für die deutsche Wirtschaft ein. Im Vergleich zum Business-as-usual-Szenario würden wir mit einem 2-

Grad-Ziel bis 2030 ein jährliches Bruttoinlandsproduktwachstum von 1 Prozent anstreben und Hunderttausende Arbeitsplätze neu schaffen, stark getrieben durch das Exportpotenzial von Klimaschutzgütern. Ambitionierter Klimaschutz fördert Innovationen. Es eröffnen sich neue Märkte und damit neue Möglichkeiten für die Wirtschaft, sich innovative Technologien und Geschäftsfelder zu erschließen. Das Ziel von konsequenter Klimaschutzpolitik und Klimaneutralität kann also Berlin als Wirtschaftsstandort stärken.

Wir wollen Klimaneutralität, und zwar am besten so schnell wie möglich, aber dafür brauchen wir Sie, die Politik. Wir brauchen klare gesetzliche Rahmenbedingungen, denn solche eindeutigen politischen Investitionssignale senken für uns das Investitionsrisiko. Es erhöht sich die Planbarkeit von Maßnahmen, die wir jetzt angehen und in die wir jetzt investieren müssen. Es erhöht sich die Planbarkeit von innovativen Strategien und der erwähnten Erweiterung von innovativen Geschäftsfeldern. Klimaschutz ist eindeutig die Zukunft, und wir wollen, dass Berlin als Wirtschaftsstandort in der anstehenden Transformation wettbewerbs- und zukunftsfähig bleibt. Deswegen unterstützen wir Klimaneustart Berlin. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke an alle Anzuhörenden, dass Sie sich an die Zeitvorgabe gehalten haben. – Gibt es eine erneute Stellungnahme des Senats? – Das ist der Fall. – Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich denke, ich kann nicht zu allen Punkten, die hier genannt worden sind, im Detail Stellung nehmen. Es soll auch noch die Möglichkeit für die Abgeordneten geben, mit Ihnen zu sprechen, was das Hauptanliegen dieser Anhörung ist. – Zunächst einmal möchte ich Ihnen ganz herzlich danken für diese plastische Darstellung der Situation und auch der Dramatik, der wir beim Klimaschutz und bei den Folgen der Erderhitzung ausgesetzt sind. Ich möchte Ihnen versichern, dass wir alles, was Sie vorgebracht haben bezüglich der Folgen und der Notwendigkeiten, teilen. Trotzdem können wir die Dinge nicht über das in unserer Macht Stehende beschleunigen. Ich möchte Ihnen bei der Forderung, die Sie gestellt haben: Machen Sie es zu Ihrer Herzensangelegenheit, die Transformation so schnell wie möglich durchzuführen –, versichern, dass es zu unserer Herzensangelegenheit gemacht haben. Das kann ich für die Hausleitung der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz versichern. Es ist unsere Herzensangelegenheit, das so schnell wie möglich zu machen. Das gilt nicht nur für die Hausleitung, sondern das gilt auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dafür brennen, hier so schnell wie möglich voranzuschreiten. Das ist unsere Herzensangelegenheit.

Das Einzige, was Sie gesagt haben, was ich zurückweisen würde, ist der Satz: Handeln Sie einfach jetzt, geben Sie sich einen Ruck. – Das ist nicht der Punkt. Es geht nicht darum, dass irgendetwas einfach wäre. Wir können nicht einfach jetzt handeln. An den Herausforderungen des Klimaschutzes ist nichts einfach, sondern es ist schwierig und kompliziert, sonst wären wir an dieser Stelle auch schon weiter. Es ist auch nicht so, dass wir uns einen Ruck geben müssten. Wir versuchen alles in unserer Macht Stehende zu tun. Wir müssen und können als Verwaltung nur im Rahmen der rechtlichen Grundlagen handeln, und da sind die Möglichkeiten teilweise begrenzt. Wir können beispielsweise, um drastische Verhaltensänderungen anzusprechen, nicht befehlen, dass die Wohnungen nur noch auf 18 Grad geheizt werden, um schnell Energie einzusparen. Wir können nicht von einem Tag auf den anderen das Fahren von Benzin- und Dieselfahrzeugen verbieten, und das wäre auch nicht sozial gerecht. Das

würde auch nicht funktionieren, denn der ÖPNV ist nicht so ausgebaut, dass von einem Tag auf den anderen im gesamten Berliner Stadtgebiet die Menschen ihre Diesel- und Benzinfahrzeuge stehenlassen könnten – nur, um mal ein paar Beispiele zu nennen, wo eben nicht durch Verwaltungshandeln von einem Tag auf den anderen die Dinge geändert werden können.

Vielleicht das als ganz kurze Antwort. Wir sehen die Dramatik. Wir arbeiten an dem in unserer Macht Stehenden. Wir sehen aber, was auch nicht in unserer Macht steht, beispielsweise, wenn es darum geht, den Ausbau der Solaranlagen auf Dächern zu ver Hundertfachen, um die Ziele zu erreichen. Das ist technisch mit den vorhandenen Firmen, die wir auch nicht herzaubern können, aus unserer Sicht so nicht möglich, so sehr wir uns das auch wünschen würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Karcher! – Jetzt machen wir mit der Aussprache weiter.– Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort! – Bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst möchte mich ausdrücklich bei der Initiative bedanken, dass Sie dieses Volksbegehren angestoßen haben. Ich möchte mich auch bei den Berlinerinnen und Berlinern bedanken, die mit ihrer Unterschrift dieses Volksbegehren bisher unterstützt haben. Ich finde es sehr beeindruckend, was Klimaneustart in den letzten Jahren so an den Start gebracht hat, die dritte Initiative in sehr kurzer Zeit, wo Sie zeigen, wie sehr dieses Thema offensichtlich den Berlinerinnen und Berlinern unter den Nägeln brennt. Herr Zimmer hat auch von seinem Feedback beim Unterschriftensammeln gesprochen, dass die Leute unterschreiben und sagen: Ja, es muss mehr für den Klimaschutz getan werden.

Zweimal haben wir Ihre Anliegen mehr oder weniger schnell übernommen: Klimanotlage, Bürgerinnenrat- und Bürgerrat. Da haben Sie es uns leicht gemacht. Da haben Sie offene Türen ingerannt. Da waren wir uns sehr schnell einig, dass wir das genauso wollen. Auf die Ergebnisse des Bürgerinnenrats- und Bürgerrats sind wir alle gespannt, was da an Empfehlungen herauskommt. Wenn ich mir das aktuelle Volksbegehren anschau, machen Sie es uns zum ersten Mal so richtig schwer. Ja klar, wir als Grüne begrüßen und unterstützen natürlich das Anliegen des Volksbegehrens, möglichst schnell klimaneutral zu werden, dass wir auf den Pfad des Pariser Abkommens kommen. Wenn wir im EWG festgelegt haben, dass wir bis spätestens 2045 klimaneutral werden, dann kann ich sagen, dass für diese Koalition dieses „spätestens“ wirklich ein Auftrag ist und wir nicht sagen: Okay, 2045 steht drin –, sondern wir wollen so schnell wie möglich klimaneutral werden.

Wenn ich mir Ihre Forderungen anschau, es sind sechs Stück auf Ihrer Webseite geclustert, dann sage ich, bei Dreien habe ich das Gefühl, da kommen wir zusammen. Die Einbeziehung des Flughafens war schon bei der letzten Novellierung, ich glaube, auf Fachebene sogar geeignet und ist dann in den Wirren des Endes der Legislaturperiode irgendwie rausgefallen. Ich glaube, das ist etwas, wo man theoretisch relativ schnell reinkommt. Auch Reduktion vor Kompensation finde ich eine ganz wichtige Geschichte. Ich finde es toll, dass das so prominent drinsteht, und auch bei der Berücksichtigung aller Treibhausgase habe ich das Gefühl, darüber lässt sich reden. Bei den anderen Punkten habe ich ein bisschen Probleme, und da kommen dann auch ein paar Nachfragen. 70 Prozent ist das erste Zwischenziel an Reduktion, das wir 2025, das heißt, in zweieinhalb Jahren, erreichen müssen. Auch wenn Herr Zimmer sagt, mit der Physik kann man nicht verhandeln, da haben Sie vollkommen recht, müssen wir doch noch schauen, was sich realistisch umsetzen lässt, gerade mit den zweieinhalb Jahren,

und bis 2030 sind es dann letztendlich siebeneinhalb Jahre. Wenn ich mir die Stellungnahme des Senates anschau, dann hat der Senat an manchen Punkten einen richtig klaren Punkt gemacht, was von Frau Karcher teilweise auch schon angesprochen wurde und wo mich jetzt noch mal interessiert, wenn Sie vielleicht näher darauf eingehen: Wie sehen Sie das?

Dann haben wir den Fachkräftemangel. Herr Zimmer, Sie sagen, Radwege haben wir auch ganz schnell umgesetzt. Pop-up fand ich super, fand ich toll, sollen wir auch weiter machen, lässt sich einfacher bewerkstelligen personell als zum Beispiel die energetische Sanierung, wo wir einen massiven Fachkräftemangel haben. Frau Karcher sagt, die bekomme ich jetzt nicht in einem Jahr ausgebildet, vor allem, wenn ich möchte, dass die Sanierung ordentlich passiert, also mit einer ordentlichen Sanierungsqualität. Es nützt nichts, dass ein Haus als saniert bezeichnet wird, wenn es nicht die CO₂-Einsparung macht. Das heißt, hier habe ich ein Problem, wie wir das letztendlich zeitlich hinbekommen.

Wie stehen Sie dazu, dass wir – das wurde von Herrn Quaschning angesprochen – uns nicht komplett mit erneuerbaren Strom aus Berlin versorgen können? Wir brauchen andere Bundesländer wie zum Beispiel Brandenburg. Die fahren aber, wie der Senat richtig sagt, einen anderen Klimaneutralitätsfahrplan, nämlich auf 2045 ausgerichtet. Wie bekommen wir Brandenburg letztendlich dazu, aus Berlin heraus zu sagen: Bitte, macht doch hier mal einen massiven Ausbau an Windrädern? Wie schaut es mit dem Wasserstoff aus, den wir in Berlin sicherlich in Teilen brauchen, nicht überall, aber wo – das sehen wir als Grüne kritisch, das muss ich hier nicht ausführen – soll dieser Wasserstoff in dieser kurzen Zeit herkommen?

Eine weitere Frage, die mich interessieren würde, ist, wie die Initiative die Bilanzierung der CO₂-Bilanz sieht. Beim Strom – das wurde vom Senat angesprochen – müssen wir immer das bundesweite Stromnetz nehmen. Das heißt, solange wie in der Bundesrepublik nicht 100 Prozent erneuerbar sind, müssen wir immer einen CO₂-Rucksack der restlichen Republik mittragen und ihn hier in unserer Bilanzierung reinrechnen. Das heißt, ich komme doch gar nicht auf dieses Ziel, wenn ich nichts an der Bilanzierungsmethode ändere.

Herr Zimmer! Sie haben diese 100 EU-Städte angesprochen. Da müssen wir schon aufpassen und genauer hinschauen. Da werden gerne Kompensation und enorm hohe Sanierungsquoten reingerechnet. Das sind dann plötzlich Sanierungsquoten von 8 Prozent, was vollkommen unrealistische Geschichten sind. Welche Sanierungsquote bräuchten wir dann eigentlich, um letztendlich die Ziele von Klimaneustart zu erreichen?

Zum Abschluss noch eine Frage: Es gibt diese sehr schöne Studie vom Bürgerbegehren Klimaschutz und Kohleausstieg Berlin vom Fraunhofer-Institut, Berliner Wärmewende, machbar bis 2030. Wie es genau heißt, weiß ich jetzt nicht, aber Sie wissen, auf was ich hinaus will. Da wird sehr gut und sehr detailliert beschrieben, wie wir den Wärmesektor, die Klimaneutralität bis 2035 hinbekommen. Jetzt sagen Sie von Klimaneustart: Nein, wir wollen es noch fünf Jahre schneller. Wo sehen Sie in dieser Studie noch das Beschleunigungspotenzial? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Als Info für unsere Anzuhörenden: Wir haben jetzt eine erste Abgeordnetenrunde, und dann können Sie sich melden, und ich würde Ihnen das Wort erteilen. – Jetzt hat Herr Reifschneider das Wort. – Bitte!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an alle Anzuhörenden, die uns ihre Perspektive hier nahegebracht und damit das Volksbegehren noch mal in den parlamentarischen Raum getragen haben. Einem Teil der Fragen von Herrn Taschner kann ich mich anschließen. Am Ende ist es die Frage, die Sie meines Erachtens nicht ausreichend beantworten, der Politik die Wegweisung mitzugeben, die hilfreich wäre, wie man denn das erreichen kann. Auch die Stellungnahme des Senats hat da schon einige Hinweise gegeben. Wir haben aktuell eine Sanierungsquote in Berlin von 0,7 oder 0,8 Prozent. Selbst nach dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm müssten wir mittlerweile bei einer Sanierungsrate von über 1,5 Prozent sein, und die müsste sich in den nächsten Jahren noch auf 2,6 Prozent steigern. Um bis 2030 im Gebäudesektor klimaneutral zu sein, bräuchten wir tatsächlich eine enorm große Sanierungsrate, und schon heute ist es für viele Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer schwer, entsprechende Fachkräfte zu gewinnen. Die Staatssekretärin kann sicherlich ausführen, wie es hier bei den Berliner öffentlichen Gebäude gelingt oder nicht gelingt, Sanierungen durchzuführen und wie da der Zeitverlauf ist, wenn man nicht nur auf den privaten Hausbestand gucken will. Das ist schon eine zentrale Frage.

Die zweite Ebene hat eine Frage der sozialen Akzeptanz. Wir haben meines Erachtens eine doppelte Spaltung in der Gesellschaft. Wir haben einen zunehmenden Teil in der Gesellschaft, der frustriert ist von der Klimapolitik und sagt: Wir müssen sehr viel schneller und sehr viel mehr machen –, und wir haben ein Teilen der Gesellschaft, der sich meines Erachtens davon abgekoppelt hat. Das sage ich auch ganz bewusst in meiner Sitzposition hier. Leute, die sagen, der Klimawandel sei weder menschengemacht noch gäbe es sinnvolle Maßnahmen, um den Klimawandel aufzuhalten, oder die aus egoistischen Motiven sagen: Mich wird es nicht mehr erwischen. Da muss ich mich jetzt auch nicht ändern und meine Routinen überprüfen und mich auf eine Veränderung einlassen. – Beides führt uns am Ende nicht auf den richtigen Weg. Diese Spaltung in der Gesellschaft vertieft unser politisches Dilemma, denn ich halte es schon für sehr ambitioniert, bis 2045 klimaneutral zu sein und damit das Pariser Klimaabkommen bzw. die deutsche Selbstverpflichtung einzuhalten. Das Schlimmste, was aber auf diesem Weg in diesen restlichen 22,5 Jahren passieren könnte, ist, dass es in den Bundesländern oder in der Bundesregierung zu einer Koalition kommt, die geringe oder keine klimapolitischen Ansprüche mehr hat. Das haben wir in anderen Staaten dieser Welt schon erlebt. Das könnte auch in Deutschland passieren, je nachdem, wie sich sozialen Spaltungen manifestieren. Ich verstehe, wie Sie mit wissenschaftlichen Argumenten vorgehen. Aus den wissenschaftlichen Fakten, die Sie darstellen, ergibt sich noch keine soziale Folgebereitschaft. Das ist, glaube ich, eine der ganz großen Herausforderungen, soziale Folgebereitschaft oder das soziale Mitmachen in der Gesellschaft zu erzeugen, damit alle auch bereit sind oder ein hinreichend großer Teil in der Gesellschaft bereit ist, bereits jetzt enorm hohe Kosten zu schultern, um bis 2030 klimaneutral zu sein. Es ist meines Erachtens schon eine große Herausforderung, die Kosten so in der Gesellschaft zu verteilen – und das ist ohnehin schon mit vielen Gerechtigkeitsproblemen verbunden –, um bis 2045 klimaneutral zu sein. Mich würde interessieren, wie da der Ansatz ist, denn es gibt einen sich entkoppelnden Teil in der Gesellschaft, der von Klimapolitik nichts mehr wissen will. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Freymark, bitte schön!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ganz herzlichen Dank noch einmal an die Initiative! Ich glaube, Herr Dr. Taschner hat es schon zum Ausdruck gebracht. Sie haben schon einiges bewegt in dieser Stadt. Ich weiß aber auch, dass Sie in der einen oder anderen Frage, zum Beispiel bei der Klimanotlage, eine andere Hoffnung damit verbunden hatten, nämlich eine schnellere Reaktion. Es ist in der letzten Legislatur zwar einiges gesetzlich auf den Weg gebracht worden, aber anderes ist eben auch liegen geblieben, und das muss man ehrlich konstatieren. Deswegen verstehe ich Ihre Ungeduld und unterstütze insofern, mit wie viel Engagement und Leidenschaft Sie darum ringen, dass wir, die 147 Abgeordneten hier in diesem Haus, vielleicht auch andere Prioritäten setzen. Es beginnt bei der Budgetverteilung, wo wir gerade einen neuen Haushalt verabschieden werden, der zum Beispiel im Einzelplan 07 für Umwelt, Verkehr, Verbraucher- und Klimaschutz einen deutlichen Aufwuchs hat, aber ich sage das auch ganz klar, deutlich zu gering. Das heißt, dieses Wachstum, das wir hier regelmäßig verabreden, entspricht nicht dem, was Sie an uns herantragen und was Sie von uns erwarten. Das Gleiche gilt im Bereich der Blackbox, im Bereich des Personals. Viele Ihrer Ideen, und gerade auch die Frage des schnelleren Tempos, sind mit personellen Ressourcen verbunden. Frau Staatssekretärin hat es vorhin zum Ausdruck gebracht bei der Frage zu den Windenergieanlagen. Ich spüre Ihre Motivation. Ich glaube Ihnen auch, dass Sie das so schnell wie möglich voranbringen wollen, und trotzdem fällt es Ihnen schwer, mit der Rücksicht auf die vorhandenen Ressourcen, hier überhaupt einen Zeitplan zu präsentieren.

Herr Dr. Quaschnig hat vorhin auch zum Ausdruck gebracht, wir bräuchten 1 500 Windenergieanlagen. Das ist natürlich unrealistisch, das hat er selbst auch ausgeführt, aber damit verbunden ist der hohe Druck, den wir spüren müssten. Ich glaube, hier im Ausschuss gibt es da einen relativ großen Konsens. Die Frage ist: Wie sieht es im Hauptausschuss und im Plenum aus? Ist es uns tatsächlich gelungen, bereits in der ganzen Stadt diese Erkenntnisgewinne und dann auch die Bereitschaft zu haben, über Verzicht zu sprechen, was einem Christdemokraten sehr schwer fällt, und über die Frage von Paradigmenwechseln? Das fällt uns auch sehr schwer. Was uns weniger schwerfallen würde, aber die Verantwortung haben wir nicht direkt als Oppositionspartei, ist, zu sagen: Wir geben mehr Geld ins System. Diese Frage ist bei der Frage der energetischen Sanierung relevant. Sie ist bei der Frage des Ausbaus des ÖPNV relevant. Wir haben kein klassisches Entsiegelungsprogramm. Unsere 1 000 grünen Dächer sind nur für 100 finanziert, abgerufen sind nur 25, das heißt, wir sind immer wieder in derselben Spirale dieser Zeitfrage. Deswegen sollten wir Ihr Engagement in jedem Fall zum Anlass nehmen, unabhängig davon, ob es am Ende zu einer Umsetzung dessen kommt, was Sie sich wünschen, uns hier auch immer wieder kritisch zu hinterfragen, wie wir die Zeitfrage noch mehr in den Mittelpunkt rücken und damit auch die personelle und die Budgetfrage. Das wollte ich zumindest einmal voranstellen. – Ich muss auch nachvollziehen können, die Coronapandemie, mit allen ihren Schrecken und ihren Tragödien, hat uns zumindest auch gezeigt, wozu wir in der Krise bereit sein können. Wäre ich Teil Ihrer Initiative, würde ich genau darauf abspielen zu sagen: Leute, da ging es doch. Da habt ihr doch ganz viel auf kurzer Zeitstrecke in Bewegung gesetzt. Warum gelingt es jetzt nicht? – Mit dieser Frage müssen wir uns hier in dieser Runde selbstkritisch beschäftigen.

Nun zu meinen wenigen Fragen: Die Gebäude sind mit hauptverantwortlich, auch in Berlin, für die CO₂-Emissionen. Ich höre sehr oft etwas zum Thema Umgestaltung, Verkehr und Verbrenner aus der Stadt und Ähnlichem. Wie wollen wir, wie will die Initiative mit diesem Hauptschwerpunkt der Gebäudesanierungen umgehen? Wir haben das zum einen im städtischen, öffentlichen Bereich, wo die Sanierungsquote unter 1 Prozent beträgt. Das wollen wir

alle ändern. Ich kenne niemanden hier im Raum, der das toll findet, dass es so niedrig ist. Dann haben wir einen noch relativ unübersichtlichen Bereich möglicherweise im privaten Bereich. Sind wir da bereit, ist die Koalition bereit, sind Sie als Initiative bereit, hier deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, also Vermietern eine Förderung zukommen zu lassen, damit in Zukunft deutlich mehr CO₂eingespart werden und erneuerbare Energien auch dann bei der Erzeugung der Energie in den einzelnen Wohnungen, in den Häusern eine größere Rolle spielen kann?

Herr Zimmer! Das fand ich sehr interessant, Sie haben die Vergleichbarkeit anderer Städte angesprochen. Über 100 andere Städte haben vom European Green Deal, vom EU-Programm, versucht zu profitieren oder werden es versuchen. Sie haben uns mitgeteilt, dass Berlin das nicht macht. Deswegen die Frage an Frau Staatssekretärin: Wie bewerten Sie diesen Vorwurf, warum sich Berlin nicht daran beteiligt? Wir hatten heute eigentlich den European Green Deal auf der Tagesordnung, um genau darüber zu sprechen: Wo können wir aus Europa auch einen Mehrwert für uns abschöpfen? Warum machen wir da nicht mit? Gelingt es Ihnen überhaupt im Senat, personell gesehen, die Vergleichbarkeiten dieser größeren Städte für uns zu nutzen? Wir waren mit dem Ausschuss mal vor einigen Jahren in Mailand. Da habe ich viel Grün vermisst. Da haben die schon auf die Balkone Bäume gepackt. Ellen Haußdörfer und ich waren gemeinsam da. Das war schon bemerkenswert. Wenn die also jetzt hier etwas vormachen würden, dann wäre ich fast schon verwundert. Deswegen, Herr Zimmer, vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit und führen noch mal ein bisschen detaillierter aus, welche Vergleichbarkeiten da sind und wo wir vielleicht auch im Rahmen von Best-Practice uns mehr für Berlin holen sollten aus dem European Green Deal.

An den Senat: Sagen Sie doch gerne ganz offen, fehlt Ihnen Personal? Wie viel Personal fehlt Ihnen? Können Sie an diesem internationalen Austausch überhaupt teilnehmen? Wir sind Mitglied in einigen Netzwerken, ich glaube, C40 heißt das eine. Da war der Senat in der letzten Wahlperiode nur zu 50 Prozent anwesend, nach meiner Kenntnis. Ich vermute mal, dass Sie das jetzt ändern. Da sehen wir aber schon, im Kleinen wie im Großen, welche Bedarfe noch da sind, und deswegen freue ich mich auf die weitere Diskussion. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Als Nächste ist Frau Lerch dran. – Bitte schön!

Nina Lerch (SPD): Vielen Dank! – Ich versuche, mich etwas kürzer zu halten. Wir haben schon sehr viel gehört. Ich teile viele Fragen meiner Vorredner. Ich möchte ganz kurz darauf eingehen, weil das auch angesprochen wurde, was in Berlin schon passiert ist. Frau Karcher hat auch schon einiges genannt. Klimaschutz gibt es in Berlin auch nicht erst seit 2015, sondern schon 2005 ist damals unter Rot-Rot das Programm „Weg von fossilen Energieträgern“ gestartet worden. Auch das Pariser Klimaschutzabkommen kam nicht aus dem Nirgendwo und wurde uns sozusagen auferlegt, sondern es kommt daher, dass Städte wie Berlin und Länder wie Deutschland Druck gemacht und sich dazu bekannt haben. Vielleicht das als kurzer Vorlauf.

Ich kann mich daran anschließen, dass ich mir wünschen würde, ich habe viel darüber gehört: mehr in Klimaschutz investieren, schneller werden, die Ziele als Verbindlichkeiten. Haben Sie hier, angelehnt an Herrn Taschners Fragen, konkretere Maßnahmen, Vorschläge, wie in der Umsetzung vorangegangen werden soll? Sanierung des Gebäudesektors, Umstellung der

Mobilität? Haben Sie für uns noch ganz konkrete Vorschläge zu den Maßnahmen, die uns dahin bringen, wo Sie gerne bis 2030 hinwollen?

Der zweite Punkt, das schließt an die Fragen von Herrn Reifschneider an, ist die Sozialverträglichkeit. Wenn Sie in der Stadt unterwegs sind und Unterschriften sammeln und eine sehr breite Zustimmung zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen verspüren, finde ich das erst einmal super, auch die Initiative, auch wie Herr Freymark gesagt hat – hier im Raum sind wir uns, glaube ich, alle einig –, dass alles am besten schneller und gestern statt morgen oder 2030 oder 2045 klimaneutral sein sollte. Dennoch freue ich mich auf die Ergebnisse des Klimabürger:innenrats, die uns vielleicht zeigen, wie die Bereitschaft in Berlin flächendeckend wirklich aussieht. Auch hier glaube ich, dass das erst mal ein Ausschnitt ist. Soweit zu meinen Fragen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Lerch! – Als Nächster ist Herr Koçak dran. – Bitte schön, Herr Koçak!

Ferat Koçak (LINKE): Verehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Verehrte Gäste des Volksbegehrens „Berlin 2030 klimaneutral“! Vielen Dank für Ihren Input und die Vorstellung des Volksbegehrens! Danke an die Initiative Klimaneustart und die zahlreichen Klimaaktivisten für ihr Eintreten für verstärkte und verbindliche Klimaschutzmaßnahmen! Damit trägt die Initiative auch dazu bei, dass die Klimakrise die Notwendigkeit des Ausstiegs aus fossilen Energien auf der öffentlichen Tagesordnung bleibt, denn das ist, wie wir hören konnten, mehr als dringlich. Wir spüren die weltweiten Folgen der Klimakrise in unterschiedlichen Ausprägungen mit Hitzewellen, Starkregen, Überflutungen, Wasserknappheit, Dürren und Ernteaussfällen auch hier in Berlin und auch durch steigende Preise. Deshalb ist es im Zusammenhang mit der Klimakrise wichtig, über Klimagerechtigkeit zu sprechen und die sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Klimakrise zu berücksichtigen.

Beim letzten Plenum wurde ich von einem Kollegen der FDP dafür kritisiert, dass ich System Change not Climate Change fordere. Heute wird deutlich, warum konsequenter Klimaschutz in einem Wirtschaftssystem, das von der Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur profitiert, Rahmenbedingungen ausgesetzt ist, die dies blockieren. Deshalb möchte ich noch einmal die Forderung von Klimaaktivistinnen und Aktivisten unterstreichen: System Change not Climate Change! Ich persönlich unterstütze die Forderung der Initiative Klimaneustart. Es gibt genug Studien, die zeigen, wie dringlich diese Forderung von Klimaneutralität 2030 ist, dass sie nicht unmöglich ist und dass es auch genug wirtschaftliche Gründe dafür gibt, dies so umzusetzen. Wie schon vorgestellt, zeigen Prognosen, dass die Folgekosten der Klimakrise höher liegen als die Investitionen und somit mehr Investitionen zur Bekämpfung der Klimakrise für eine Klimaneutralität bis 2030 auch wirtschaftlich mehr Sinn macht. Daher habe ich das Volksbegehren unterzeichnet und werde, wenn es denn dazu kommt, auch den Volkstentcheid unterzeichnen und beim Sammeln von Unterschriften die Initiativen unterstützen.

Dennoch möchte ich kurz erläutern, warum wir als Koalition das Volksbegehren ablehnen werden, wie schon erwähnt, ein Volksbegehren, dessen Umsetzung den Rahmenbedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgesetzt ist. Im letzten Jahr wurde im Auftrag des Landes eine Studie „Berlin Paris-konform machen“ erstellt, die zu dem Schluss kam, dass Berlin je nach Szenario unter den gegebenen Rahmenbedingungen voraussichtlich zwischen

2040 und 2050 klimaneutral werden kann. Bis 2030 bekommen wir nach „Berlin Paris-konform machen“ nicht ausreichend Häuser saniert, die Wärmeversorgung nicht ausreichend umgebaut, zu wenig zusätzliche ÖPNV-Angebote, keine vollständige Umstellung der Fahrzeugflotten, weder des privaten noch des gewerblichen Verkehrs, und vermutlich auch nicht genug erneuerbaren Strom, um den steigenden Stromverbrauch zu decken und gleichzeitig die saisonale Speicherung in notwendigem Maß umzusetzen. Daher schließen wir uns als Linksfraktion hier der Senatsvorlage der rot-grünen-roten Koalition an und können das Volksbegehren nicht annehmen, so sehr wir das Ziel verfolgen, deutlich früher als bislang vorgesehen klimaneutral zu werden.

Im Rahmen der Möglichkeiten des Senats ist die Klimaneutralität bis 2030 nicht umsetzbar, und um die Rahmenbedingungen zu ändern, braucht es massiven Druck von der Straße. Erst durch den massiven Druck von Millionen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten und unter anderem von Fridays for Future, Extinction Rebellion oder Ende Gelände, gewann die Bekämpfung der Klimakrise an massiver Bedeutung im Programm aller Parteien in den letzten Jahren. Ein mögliches Druckmittel zur Klimaneutralität bis 2030 ist ein Volksentscheid, der durch Ablehnung eingeleitet werden kann, und wie sehr Volksentscheide auf den Zeh der entscheidungsrelevanten Großkonzerne und Politikerinnen und Politiker drücken kann, sehen wir aktuell mit dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, wie demokratisch wir als Parlament und Senat mit eigenen basisdemokratischen Möglichkeiten umgehen. Wir werden beim Thema Klimaneutralität auch immer wieder auf die Bundesebene angewiesen sein und daher auch dort weiterhin Druck machen.

Herr Kollege von der CDU! Zum Thema Sanierung würde ich vorschlagen: Wir enteignen und sanieren selbst – [Roman Simon (CDU): Geld drucken! Was erzählen Sie denn?] –, sodass wir sicherstellen, dass es so schnell wie möglich umgesetzt wird und es keine Abwälzung auf Mieterinnen und Mieter gibt. – Zum Thema Zeit und Budget – das Budget hatte auch der Kollege von der FDP angesprochen –: Die Ignoranz der schwarz-roten Bundesregierung verpasste in der Vergangenheit, rechtzeitig gegen die Klimakrise vorzugehen, obwohl die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, schon als Umweltministerin in den Neunzigerjahren auf die Folgen der Klimakrise aufmerksam gemacht hat. Auch die jetzige Bundesregierung verpasst es, die richtigen und wichtigen Schritte einzuleiten, und der Bundeskanzler Scholz vergleicht Aktionen von Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten mit den dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte. Das ist so schräg.

Lassen Sie mich eine Forderung noch fürs Protokoll festhalten: Mehr Geld ist da, es muss nur umverteilt werden. – [Lachen von Danny Freymark (CDU)] – Das heißt auch, statt 100 Milliarden Euro für die Rüstung brauchen wir Hunderte Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen, zur Bekämpfung der Klimakrise und ihre Folgen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Als Nächste ist Frau Wolff dran. – Bitte schön!

Dunja Wolff (SPD): Da muss man erst mal durchatmen. – Wie auch alle anderen kann ich nur sagen: Es ist nicht selbstverständlich und auch ein längerer Kampf auch für Sie. Deshalb danke, dass Sie heute da sind. Das ist ein Engagement, das ich persönlich als Sprecherin für Engagement extrem schätze, dass sich Menschen so zusammentun und auch fachlich beraten

lassen. Die Initiative ist nicht mehr klein. Es sind viele Initiativen, die sich zusammengeslossen haben. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Aspekt. Dafür erst mal herzlichen Dank! Das ist nicht selbstverständlich. Sie geben dafür sehr viel Zeit.

Ich glaube, dass die soziale Folgebereitschaft höher ist, als wir denken. Das ist etwas, was wir vielleicht nur nicht ganz wahrnehmen. Mir persönlich ist es zumindest in meinem Umfeld so gegangen, dass es sehr viele ältere Menschen sind, die dem ganz gut folgen können, und es sind die Jüngeren. Nur die dazwischen. Es gibt einige dazwischen, da müssen wir noch Überzeugungsarbeit leisten. Nichtsdestotrotz ist hier ganz viel gefragt und gesagt worden. Eine Aussage hat mich ein bisschen, nicht irritiert, aber ich finde sie sehr interessant. Wir haben eine Leiterin eines Unternehmens hier, Frau Schäfgens, und Sie sagen, dass die Aussage von Unternehmen ist: Die deutsche Wirtschaft möchte Klimaschutz. – Da frage ich mich, warum fängt die deutsche Wirtschaft erst jetzt damit an? Wirtschaft ist ein großer Faktor, warum vielleicht Klimaschutz an früher Stelle noch gar nicht stattgefunden hat, weil man sich davor ziemlich verweigert hat. Das hatte auch mit Kosten zu tun, denn Innovationen liegen doch sicher in mancher Schublade einiger Unternehmen und wurden nicht herausgeholt. Wenn ich an die Lufthansa oder andere Flugunternehmen denke – ich bin dafür keine Fachfrau, aber nichtsdestotrotz habe ich schon die Aussagen gehört: Wir könnten ja, aber wir machen das jetzt noch nicht. Das kostet noch zu viel Geld oder, oder. – Wirtschaft ist auch etwas, was profitiert und muss ein Stück zurückgeben. Jetzt wacht die Wirtschaft auf, dass sie das tun muss, weil sie das auch ganz gut verkaufen kann. Deshalb finde ich es natürlich schön, wenn Wirtschaftsunternehmen Initiativen unterstützen, auch durch finanzielle Mittel, aber auch diesen Unternehmen sollte bewusst sein, dass sie auch selber anfangen können, und zwar schon lange. Sie müssen ein Teil davon sein. So wie wir sagen, dass die Bevölkerung das Bewusstsein haben muss, muss die Wirtschaft mitziehen. Alle müssen das gemeinsam tun. Das kann nicht nur von einer Seite aus gesteuert werden. Deshalb wäre meine Frage direkt an Sie: Was meinen Sie, erstens, welche Wirtschaftszweige dahinterstehen, und seit wann denken Sie, ist der Wirtschaft diese Erkenntnis gekommen? Das ist kein böser Angriff auf Sie. Bitte, verstehen Sie das nicht falsch. Für weitere Fragen, was Ihr Engagement angeht, sehen wir uns hoffentlich auf anderer Ebene noch einmal. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Als Nächster ist Herr Hansel von der AfD-Fraktion dran. – Bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke an die Angehörten für die doch klaren Ausführungen! Momentan sorgen allerdings die internationalen Spannungen und Konflikte dafür, dass die Brückentechnologie Erdgas, mit der man die Emissionsreduktionsziele immerhin um 50 Prozent über die nächsten Jahre hätte erreichen können, als unsicher anzusehen ist, zumindest, wenn man den Konflikt nicht zügig beilegt und ein Abnahmeembargo für Erdgas aus Russland strikt ausschließt. Ich habe den Eindruck, dass bei den grünen Klimaaktivisten diese Problematik noch nicht angekommen ist. Die Unterschriftensammlung und das erste Gesetz stammen aus der, ich nenne es mal, Vorkriegszeit, wenn von Zeitenwende gesprochen wird. In der Begründung werden viele aktuelle Zeitgeistthemen abgearbeitet. Es wird mit dem Gerechtigkeitsargument argumentiert, dass China oder Indien weiter ihre Emissionen hochfahren dürfen, wären wir unsere Emissionen reduzieren sollen. Das bringt aber unterm Strich nichts. Es folgt eine Budgetlogik. Man unterstellt eine industrielle CO₂-Hypothek der westlichen Staaten, während sich China später, aber sehr viel intensiver industrialisiert hat und deshalb sozusagen noch etwas gut hat in Sachen Emission, also ein

Nachholbedarf, der dann okay wäre. Daher darf China weiterhin mehr emittieren. Als ohnehin mit Abstand größter Emittent fährt China seine Emissionen hoch. Dadurch entsteht global gesehen ein logischer Kurzschluss, ein Paradoxon, denn einerseits erhöht man mit dieser Logik den Globalisierungsdruck. Westliche Firmen werden immer mehr ihre emotionsstarken Produktionen versuchen in Länder zu verlagern, die noch emittieren dürfen. Das aber erhöht den Transportaufwand und damit die gesamte Emission nur noch weiter. Vieles muss lokal und regional erzeugt und verbraucht werden, um Transportenergie nicht zu vergeuden. Die Umstellung der Technik kann aber nicht in dem Tempo erfolgen, wie die Initiative unterstellt bzw. fordert. Zudem folgen drei Viertel der Welt den Pariser Klimazielen nicht oder sind von strengen Zielwerten ausgenommen: China, Indien, Afrika, ich habe es gerade erwähnt. Insofern können diese globalen Ziele gar nicht das bewirken, was sie bewirken sollen, ohne den Nachweis zu erbringen, dass sie es bewirken. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Herr Kollege! Warten wir doch mal ab. Sie kommen noch dran. – Es wird von den Aktivisten offenbar vergessen, bewusst weggelassen oder verdrängt, dass weltweit überhaupt nur relativ wenige Länder sich diesem Pariser Klimaregime durch massive CO₂-Emissionenreduktion anzuschließen gedenken: Teile Westeuropas, USA, Kanada und jetzt auch Australien. Wir haben es gehört. Weder die stark emittierenden und ölfördernden arabischen Ölstaaten noch Nordamerika, Indien, China oder große Teile Asiens wie Gesamtafrika und Russland sind bereit, ihre CO₂-Emissionen dramatisch zurückzufahren, ganz im Gegenteil, sie fahren sie beständig weiter hoch. Berlin mit einem Anteil von global 0,09 Prozent aller CO₂-Emissionen könnte, selbst wenn es morgen aufhören würde zu existieren und durch eine grüne Wiese ersetzt würde, was wir, glaube ich, nicht wollen, und weiter unterstellt, alle Klimamodelle, die das IPCC annimmt, würden stimmen, das globale Klima im Mittel um vierhundertstel Grad absenken. Wir würden also hunderte Milliarden Euro Steuergelder, nur finanzierbar durch drastische Steuererhöhungen oder einen dramatisch erhöhten ungefähr dreifachen Schuldenberg für unsere Kinder und Enkel schaffen, um eine mit heutigen Methoden überhaupt nicht messbare Klimaveränderung zu erreichen, das im statistischen Rauschen untergeht. Das kann nicht sinnvoll sein.

Zu beachten ist zusätzlich das von Hans-Werner Sinn beschriebene grüne Paradoxon, das dazu führt, dass, je stärker weltweit die Initiativen für den Ausstieg aus Kohle, Gas und Öl trommeln, die jeweiligen Förderländer zunehmend geneigt sind, herauszuholen was geht, solange sie es noch können, um mit neuen Zusatztechnologien wie Fracking – durchaus deutlich umweltschädlicher als zum Beispiel das Fördern aus natürlichen Erdgasfeldern – so schnell wie möglich fossile Rohstoffe auszubeuten, solange man sie noch am Markt verkaufen kann. Momentan, krisenbedingt, explodieren gerade die Preise am Energiemarkt – wir sehen das jede Woche im Ausschuss und auch im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe –, nimmt Berlin keine fossilen Energien mehr ab, während andere Länder wie China, Indien, Asien und die USA mit Kuschhand einspringen und dann selbst die fossile Energie nutzen. Die CO₂-Emissionen werden so nur verlagert und nicht reduziert. Deutschland verbaut sich momentan zudem gerade den eigenen Lösungspfad, den man zur CO₂-Reduktion Paris-konform eigentlich gehen wollte. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Erdgas, Herr Kollege, als Brückentechnologie bevorzugt zur Energieerzeugung eingesetzt, schafft 50 Prozent CO₂-Reduktion gegenüber Kohle und Öl, um dann sukzessive auf Strom und grünen Wasserstoff aus Erneuerbaren umzustellen und langfristig den Erdgasverbrauch herunterzufahren. Ob das mit der geplanten Geschwindigkeit bis 2050 gelingt, ist fraglich, aber jedenfalls zumindest theoretisch möglich. Es war zumindest ein intellektuell und technisch nachvollziehbare Plan. Er bedeutet zunächst übrigens, dass ca. bis 2040 der Erdgasverbrauch ansteigt, um dann wie-

der abzusinken. Kippt man diesen Langfristplan, der teuer und ambitioniert ist, aber eventuell gelingen kann, nun in die Tonne, muss man einen alternativen Plan vorlegen, und das hat bisher niemand getan, Sie auch nicht. Der Senat muss sich also entscheiden, selbst wenn die Initiative ihren Gesetzesvorschlag nachbessert und einen realen und finanziell überhaupt erreichbaren Rahmen anstrebt, wo das Geld investiert wird, da man 1 Milliarde Euro nur einmal ausgeben kann. Es sei denn, man geht den Weg in den Schuldenstaat, dann ist das Limit nur noch die Schuldentragfähigkeit der Bürger, die allerdings bei mittlerweile deutlich über 50 Prozent Gesamtabgaben – Herr Kollege Lux, das sind die Tatsachen – einschließlich Verbrauchsteuern schon für normal Verdienende erkennbar endlich sind. Das ist das Thema der sozialen Akzeptanz. Würgt man durch eine repressive Politik zudem noch die heimische Wirtschaft ab, dann sind die Steuerausfälle zu erwarten, und dann ist der Weg in die Schulden- oder Inflationsspirale und in die Armut für breite Teile der Bevölkerung vorprogrammiert. Sicher kann sie – DDR, der Zusammenbruch einer Ökonomie – ebenfalls den CO₂-Ausstoß erheblich reduzieren, aber Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und darauf folgend soziale Unruhen sind dann das unschöne, sicher von keinem angestrebte Ergebnis. Es gibt dieses Mal keine viermal so große wirtschaftlich potente westdeutsche Republik, die eine Gesamtbundesrepublik dann ein zweites Mal retten könnte.

Für die EU gilt umgekehrt eher der alte Sinnspruch von Maggie Thatcher, dass der EU-Sozialismus dann zu Ende ist, wenn das Geld der Deutschen aus ist. Deutschland ist nun mal mit Abstand die größte Volkswirtschaft und der größte Nettozahler der EU. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Jetzt ist Herr Freyemark dran. – Herr Freyemark, bitte!

Danny Freyemark (CDU): Vielen Dank! – Ich will nur noch kurz zwei, drei Sätze sagen, in der Hoffnung, dass die Initiative die Gelegenheit hat, uns die Fragen zu beantworten. Herr Koçak! Sie sind Teil der Koalition und möglicherweise gefällt Ihnen das gar nicht so gut. Wir hatten ein etwas größeres Interesse daran, es ist aber nicht gelungen. Vielleicht sollten wir noch einmal darüber sprechen. – Ein ganz konkreter Hinweis: Wir haben 57 landeseigene Gesellschaften, und bei einigen von ihnen stellt Ihre Partei Aufsichtsratsmitglieder etc., ist in Beiräten vertreten. Die sind fast alle dem Wirtschaftlichkeitsprinzip unterstellt, das heißt, selbst beim ÖPNV, beim Ausbau in den Außenbezirken wird also nie die Frage gestellt, ob es jetzt richtig oder falsch ist, sondern immer die Frage: Ist es wirtschaftlich? Bei der HOWOGE und anderen haben Sie ein ähnliches Thema. Deswegen wäre es vielleicht ganz gut, bevor Sie die ganz große Drehscheibe hier verändern wollen, dass Sie tatsächlich beim Lokalen, wo Sie jetzt schon Verantwortung tragen, uns beweisen, Ihrer Verantwortung gerecht werden. Wenn Sie das schaffen, dann kann man über weitere Maßnahmen reden. Ich bedaure wirklich sehr, dass Sie die Initiative von vornherein ablehnen, aber trotzdem eine ganz große Rede dazu halten, was alles möglich wäre oder sein sollte. Vielleicht sollten Sie Ihre Koalitionstätigkeit und Mitarbeit noch mal überdenken.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freyemark! – Jetzt werde ich meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum Sprecher der Grüne-Fraktion für Ernährung und Landwirtschaft und Naturschutz wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Wenn wir über den Klimaschutz, die Klimakrise reden, dann reden wir oft über Gebäudesanierungen, Mobilität etc. Wir reden kaum über die Landwirt-

schaft und wie wir uns ernähren. Wir sollten nicht vergessen, dass durch die Landwirtschaft Methangas, Lachgas und dergleichen ausgestoßen werden, die einige Male mehr schädlich sind als CO₂. Es kommt noch dazu, dass wir in Deutschland jährlich 15 Millionen Tonnen – ein Güterzug von Lissabon bis Kapstadt – Lebensmittel wegschmeißen, und darüber sollten wir uns auch Gedanken machen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ein zweites Thema, das mir in diesem Zusammenhang wichtig ist, ist, dass man nicht nur von Realitäten redet, sondern schaut, was man machen könnte. Wir haben in der Coronakrise in Deutschland gezeigt, dass wir viel Geld auf Bundesebene in die Hand genommen, die Luft-hansa mit einigen Milliarden Euro und viele andere unterstützt haben. Auch wir in Berlin haben viele Selbstständige und Unternehmen unterstützt. Ich habe den Eindruck, dass, wenn es um die Klimakrise geht, diese Bereitschaft nicht da ist. Ich denke, da muss ein Umdenken stattfinden, nicht nur auf Berliner, sondern auch auf Bundes- und EU-Ebene. Da stellt sich die Frage, wie weit wir die gesellschaftlichen Ressourcen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, zur Verfügung stellen. Es wird dann deutlich teurer. Ahrtal: Es wird Milliarden kosten, damit man das alles wieder aufbaut. Ich denke, das ist leider immer noch nicht in der Gesellschaft angekommen, und das muss sich ändern. – Soweit mein Redebeitrag.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Jetzt wechsele ich meine Rolle und bin wieder Ausschussvorsitzender. – Als Nächster hat sich Herr Koçak gemeldet. – Bitte schön!

Ferat Koçak (LINKE): Nur ganz kurz, und ich versuche, leise zu reden. Mir wurde gerade gesagt, dass ich wieder zu laut bin. Ich merke das aber nicht. Ein Tipp von der Grünen-Abgeordneten, ich soll etwas weiter weg vom Mikrofon reden. – Sie hatten gesagt, Herr Kollege von der CDU, dass wir uns im öffentlichen Bereich erst einmal beweisen sollen. Es reicht nicht, es nur in den öffentlichen Bereichen zu beweisen. Erstens verlieren wir dann auch wieder Zeit, und den Zeitfaktor haben Sie gerade selbst kritisiert. Wir müssen jetzt sofort im öffentlichen sowie im privaten Sektor anfangen. Wir fordern als Koalition, die Bekämpfung der Klimakrise in die Landesverfassung aufzunehmen. Das können wir nur mit Ihnen zusammen. Da werden wir sehen, wie wichtig Ihnen selbst die Klimakrise ist. Das würde dem Wirtschaftlichkeitsprinzip übergestellt, und so muss es auch sein. Die Klimakrise ist nun mal die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, und es ist wichtig, um Folgegenerationen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Herr Lux, Sie haben das Wort! Wir machen gleich eine Lüftungspause. – Bitte schön!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es ist auch nur eine Frage, weil ich fest davon überzeugt bin, dass wir die Klimakrise nur mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln lösen können und deswegen auch total froh bin, dass wir hier eine plebiszitäre, direktdemokratische Debatte führen. Eine Frage Richtung Bund: Ich weiß nicht, vielleicht ist Herr Quaschnig dafür der richtige Adressat, weil ich einiges von ihm dazu gelesen habe, und zwar die Frage nach dem CO₂-Preis, der nach meinem Dafürhalten ein Instrument ist, um über alle Sektoren hinweg Marktwirtschaft und Klimaziele zu vereinen. Welche Anstrengungen bzw. Unternehmungen haben Sie unternommen, damit der CO₂-Preis auf ein realistisches Maß kommt? Welche Höhe müsste er nach Ihrem Dafürhalten haben, um die etwas ambitionierteren Ziele, die Sie hier gerade vorstellen, auch bundesweit erreichen zu können? – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Lux! – Jetzt machen wir eine Lüftungspause von 15 Minuten, und dann machen wir mit den Antworten der Initiativen weiter. – Danke schön!

[Lüftungspause von 11.01 bis 11.18 Uhr]

Wir machen weiter. Ich würde jetzt das Wort an die Vertrauenspersonen geben. – Herr Dr. Quaschnig, Sie haben das Wort.

Dr. Volker Quaschnig (Vertrauensperson) [zugeschaltet]: Vielen Dank, dass ich noch einmal reden darf! – Erst einmal auch vielen Dank für Ihre Fragen und Ihre Ausführungen. Ich habe mit Ausnahme der AfD-Fraktion gesehen, dass es bei allen Fraktionen ein spürbares Interesse am ambitionierten Klimaschutz gibt und dass man sich nur auf den Weg dahin uneinig ist. Das ist schon eine sehr gute Voraussetzung. Ich möchte eine Sache entgegenen, wo gesagt wurde, dass wir mit 2045 auf dem Weg des Pariser Klimaschutzabkommens wären. Da muss man aus wissenschaftlicher Sicht ganz klar nein sagen. Mit einer Klimaneutralität 2045 werden wir die CO₂-Budgets, die sich aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ergeben, nicht einhalten können. Wir werden 1,5 Grad, auch 1,7 Grad, reißen, und wir werden auch nicht dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts gerecht werden können. Das muss man ganz klar betonen. Es gibt keine wissenschaftliche Untersuchung, die sagt, 2045 wäre auf einem 1,5-Grad-Pfad. Wir werden es damit definitiv reißen – Punkt. Daran kann man nichts machen. Daraus ergibt sich die Frage, die gestellt wurde, warum wir bei Klimaneustart Berlin so ambitionierte Ziele mit 70 Prozent bis 2025 oder 100 Prozent bis 2030 haben. Das sind die Ziele, die sich aus dem Einhalten des Pariser Klimaschutzabkommens und des 1,5-Grad-Pfads aus wissenschaftlicher Sicht ergeben. Das sind keine Fantazahlen – es wäre schön, dass wir das so schnell hibekommen –, sondern das muss man einfach machen, wenn wir die Wissenschaft und die Klimaschutzberichte ernst nehmen und das einhalten wollen.

Es gab eine Frage zum CO₂-Preis – ich will ein paar Fragen nacheinander abarbeiten –, da kann ich versuchen, die ganz schnell zu beantworten. Wie hoch müsste ein CO₂-Preis sein? – Ein CO₂-Preis alleine wird es nicht regeln können. Der ist ein gutes Instrument, das hilft, aber eine ganz einfache Überlegung: Wir hatten vor gar nicht so langer Zeit einen Benzin- und Dieselpreis in der Größenordnung von einem Euro, jetzt sind wir bei zwei Euro. Das wenigste dieser Preissteigerung geht auf den CO₂-Preis zurück; das meiste geht auf den Krieg durch die Ukraine zurück. Hätten wir versucht, über einen CO₂-Preis den Spritpreis auf zwei Euro zu bringen, hätten wir einen CO₂-Preis von ungefähr 300 Euro die Tonne haben müssen. Das heißt, wir sehen, der Lenkungseffekt im Verkehrsbereich ist gering. Es passiert ein bisschen was, aber nicht wirklich viel. Um im Verkehrsbereich nur über den Preis einen Lenkungseffekt zu haben, reden wir über eine Größenordnung von 500 bis 1 000 Euro. Das heißt, wir werden um klare ordnungsrechtliche Regelungen und Rahmen nicht vorbeikommen. Das muss im Einklang mit dem CO₂-Preis sein, aber das zeigt, alleine mit dem CO₂-Preis wird es im Verkehrsbereich nicht klappen. In anderen Bereichen wie der Industrie greift der CO₂-Preis wesentlich schneller. Deswegen muss man für verschiedene Bereiche verschiedene Instrumente einsetzen.

Es wurde klar gesagt, dass die Ernährungswende wichtig ist. Das ist vollkommen richtig. Die Landwirtschaft macht weltweit ungefähr 25 Prozent aller Treibhausgasemissionen – da ist auch Methan dabei – aus. Deswegen sind unsere Forderungen, alle Emissionen zu berücksichtigen, damit wir auch diese Punkte mitabdecken, aber im Vergleich zum Energiebereich ist die Ernährung ein kleinerer Bereich. Deswegen fokussieren wir uns bei den meisten Sachen auf die Energie.

Genannt wurde auch, dass das Gas eine Brückentechnologie sein soll, die erst einmal Kohle ersetzen soll, und die erneuerbaren Energien sollen später kommen, und alles andere wäre zu

teuer. Ich weiß nicht, ob Sie, wenn Sie so etwas sagen, mitbekommen haben, dass das Gas teurer geworden ist. Gerade Öl und Gas sind momentan die teuersten Energieträger. Solar- und Windenergie sind deutlich günstiger. In Zeiten, wo wir viel Sonne und Wind haben, sorgt das für eine Senkung der Strompreise und eine Stabilisierung der Kosten. Das Kostenargument gegen eine schnelle Energiewende zieht nicht mehr, das ist ein Argument von vorgestern. Man muss klar sagen, dass alle ambitionierten Studien, die das Einhalten des Pariser Klimaschutzabkommens vorsehen, nicht vorsehen, dass wir erst einmal Gas ausbauen und irgendwann in 20 Jahren die erneuerbaren Energien, sondern die Gastechnologie muss gleichzeitig mit der Kohle ersetzt werden.

Die Frage, ob das machbar ist oder nicht: Ich glaube, wenn Ihnen jemand vor einem Jahr gesagt hätte, dass Deutschland versuchen wird, in einem Jahr aus den Ölimporten und in zwei Jahren aus den Gasimporten aus Russland auszusteigen und in einem Jahr ein LNG-Terminal inklusive aller Genehmigungen zu bauen, dann hätten Sie wahrscheinlich gesagt, dass da jemand träumt. Das sind Sachen, die in Deutschland passieren. Berlin ist eine tolle Stadt. Ich habe im Vorfeld auf Twitter gesagt, wir versuchen mit 2030, Berlin zum Vorreiter im Klimaschutz zu machen, und ich habe sehr viel Hämme abbekommen: Berlin doch nicht! Das ist eine Loser-Stadt! – Das macht mich ein bisschen betroffen. Ich bin gerne in dieser Stadt, ich liebe Berlin, es ist eine tolle Stadt mit einem fantastischen Potenzial, und es macht mich wirklich betroffen, dass man dieser Stadt nicht zutraut, weltweit und deutschlandweit Vorreiter zu sein. Diese Zurückhaltung, dieses: Wir können es nicht –, habe ich bei einigen Abgeordneten gemerkt. Das ist eine selbsterfüllende Prophezeiung, dass man sagt: Wir sind dazu nicht in der Lage. – Warum können wir diese Stadt nicht zum Vorreiter in Deutschland und in Europa machen? Wir waren doch schon einmal sehr gut! Wir hatten hier mit der Firma Solon eine ganz tolle Solarbranche, wir hatten hier Südwind. Wir hatten ganz tolle Firmen und Unternehmen, wir haben ein tolles Wissenschaftsfeld. Wir haben in dieser Stadt ein Riesenspotenzial. Lassen Sie uns dieses Potenzial ausschöpfen und sagen: Okay, wir schaffen das! – Wenn wir es in Deutschland hinbekommen, in einem Jahr ein LNG-Terminal zu bauen, dann werden wir es doch auch hinbekommen, andere Sachen sehr schnell durchzubringen. Wir können doch nicht von vornherein sagen: Wahrscheinlich sind die Verwaltungswege zu lang. – Der Klimaschutz kann doch nicht an irgendwelchen Verwaltungswegen scheitern.

Zu den technischen Fragen – Gebäudesanierung –: Vollkommen klar, wir werden es nicht schaffen, in 10 Jahren, auch nicht in 25 Jahren, sämtliche Gebäude zu dämmen und alle Fenster in Berlin auszutauschen. Das wird auch nicht im Bundesgebiet passieren. Deswegen gehen wir in allen technischen Studien davon aus, dass die Gebäudesanierung zwar wichtig ist, aber der wesentliche Hebel bei der Wärmewende der Heizungs austausch sein wird. Wir müssen weg von der Gasheizung hin zur elektrischen Wärmepumpe. Dänemark hat das vorgemacht. In Dänemark wurde 2013 der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen untersagt. Die haben auch nicht das Problem, das wir mit den Gasimporten aus Russland haben, weil man das vorausschauend gemacht hat. Wir müssen schauen, dass wir wirklich von den Gasheizungen wegkommen. Auch wenn man sagt, dass man da auch noch ein bisschen mehr Personal bräuchte, ist es wesentlich einfacher, in Gebäuden nur die Heizung zu tauschen. Die elektrische Wärmepumpe können wir mit erneuerbaren Energien aus Deutschland versorgen, und die Heizungen, die dann immer noch nicht getauscht sind, müssen wir mit klimaneutralen Gasen betreiben.

Jetzt wurde gesagt, dass wir das nicht schaffen, weil 2030 nicht ausreichend Wasserstoff vorhanden ist. – Woher wissen Sie das? Das ist auch so eine selbsterfüllende Prophezeiung. Ich habe vor der Sitzung mit einem Journalisten aus Australien gesprochen. Die haben wahnsinnig ambitionierte Ziele. Die haben eine neue Regierung, es gab einen Regierungswechsel, Australien will 2030 klimaneutral sein, sie haben auch eine Kohleindustrie, die durch Wasserstoffproduktion ersetzt werden soll. Wir sehen ambitionierte Sachen, warum soll es nicht gelingen? Jetzt bauen wir LNG-Terminals, die wir bis 2030 auf Wasserstoffimporte umrüsten können, das sind noch acht Jahre. Da kann noch relativ viel passieren. Wir können doch jetzt nicht sagen, dass wir keinen Klimaschutz beschließen, weil möglicherweise in acht Jahren weltweit nichts passiert. Hier müssen wir ein bisschen darauf hoffen, dass andere Sachen passieren.

Im Verkehrsbereich, vollkommen klar: Es wird nicht gelingen, ausreichend synthetische Treibstoffe für den Weiterbetrieb der Verbrennungsmotoren zu erzeugen. Deswegen muss eine ambitionierte Verkehrspolitik auch das Aus der Verbrennungsmotoren bis 2030 vorsehen. Alles andere wird nicht funktionieren. Das sind noch acht Jahre. Ich weiß nicht, warum man hier so wenig ambitioniert ist. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Autos in Deutschland liegt bei acht bis zehn Jahren. Warum können wir jetzt nicht beschließen, dass in acht Jahren keine Verbrenner unterwegs sind? – Dann kommt immer: Das ist nicht sozial ausgewogen. – Die Menschen, die wenig Geld haben, haben sowieso kein Auto, für die müssen wir den ÖPNV ausbauen. Das ist Sozialpolitik und nicht Verbrenner weiterfahren lassen. Das müssen wir klar im Fokus haben.

Die Wirtschaft ist dabei. Ich denke, ich bin mit vielen Wirtschaftsunternehmen vernetzt. Die Wirtschaft ist momentan viel weiter als die Politik, weil die verstanden haben, dass das Stranded Investments sind, wenn man weiter auf fossile Energien setzt. Das ist spannend. Ich hatte vorgestern einen Vortrag in Wiesbaden bei der Finanzwelt. Sie bekommen zum Beispiel heute in Europa kein Kohlekraftwerk mehr finanziert, weil die Finanzwelt die Gelder da abzieht. Da passiert richtig viel. Sie haben mit der Kritik vollkommen recht, dass die Wirtschaft vor zwei, drei Jahren noch gebremst hat, aber das hat sich mit Fridays for Future auch ganz stark geändert. Eigentlich wünscht sich die Wirtschaft mehr Klarheit, und das muss passieren.

Natürlich wird sich Berlin nicht alleine klimaneutral machen. Das wäre wissenschaftlich komplett Quatsch, wenn ich das erzählen würde. Natürlich brauchen wir erneuerbare Energien auch aus Brandenburg, aber haben Sie sich schon einmal mit Brandenburg zusammengesetzt und einen Plan erstellt? – Wo können Windräder und Solaranlagen aufgebaut werden? Welche Mengen brauchen wir, um Berlin-Brandenburg klimaneutral zu machen? Wo stehen die Anlagen? –, dass man mal einen Masterplan entwickelt. Das muss man doch jetzt auf den Weg bringen. Wenn man an solchen Sachen nicht arbeitet, wird das natürlich nichts bis 2045. Wir brauchen das. Die Bundespolitik ist auf dem richtigen Weg, unterstützt das Ganze auch. Deswegen glaube ich, wenn wir wirklich diese Aufbruchsstimmung haben und in diese tolle Stadt vertrauen, dass wir das auch hinbekommen, warum sollen wir dann nicht Vorreiter sein und 2030 klimaneutral werden? Es wäre so toll, mal in einer Stadt zu leben, wo man stolz sein kann und wo man sich nicht schämen muss, weil irgendwas mal wieder nicht geklappt hat. Deswegen mein Appell, unterstützen Sie unsere Initiative, Berlin zum Vorreiter in Europa beim Klimaschutz zu machen. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Quaschning! – Frau Kramer, war das eine Wortmeldung von Ihnen?

Klara Kramer (Vertrauensperson): Nein, ich wollte vorhin nur die Redeliste, wie wir uns gedacht haben, wer als Nächstes spricht, erwähnen. Herr Quaschning hat schon gestartet; als Nächstes spricht Frau Auer, dann Herr Zimmer, ich und dann Frau Schäfgen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Gut! – Frau Dr. Auer, Sie haben das Wort!

Dr. Cornelia Auer (Vertrauensperson) [zugeschaltet]: Ganz herzlichen Dank! – Ganz herzlichen Dank Volker, für die tollen Ausführungen! Ein Stück weit werde ich redundant sein, aber ich wollte auch noch kurz zur Machbarkeit sprechen, gerade weil die Klimaneutralität im Gebäudesektor so häufig angesprochen wurde. Wie Sie so schön erwähnt haben, sind wir keine Abgeordneten in Berlin, und wir machen viel in unserer Freizeit und kennen daher nicht jeden Hebel. Ich will aber mal einen Exkurs in einen anderen Sektor wagen. Ich habe mir den Radverkehrsplan angeschaut, und dort ist es so, dass sich von 2013 bis 2018 der Radverkehr insgesamt um fünf Prozentpunkte erhöht hat und der Radverkehrsplan bis 2030 wieder fünf Prozent sieht – das heißt, von einem Wert, der vier Jahre alt ist, bis 2030 wieder nur fünf Prozent.

Das ist so ein Punkt, wo ich mir denke, dass da Chancen ausgelassen werden. Selbst wenn wir nicht alle Details kennen, die es bei Ihnen möglich machen würden, schneller klimaneutral zu werden, ist das für mich ganz klar etwas, wo ich sage, das ist doch eigentlich ein Hebel, wo wir nicht wahnsinnig viel Geld brauchen, um CO₂ zu sparen, sondern wo wir kluge Lösungen brauchen, um den Radverkehr noch einmal zu erhöhen. Sicherlich hat Berlin nicht die Fläche von Kopenhagen, sondern ist ungefähr fünfmal so groß, aber es gibt auch dafür Lösungen. Ich denke, dass bestimmt auch im Gebäudebereich nachgeschärft werden kann. Ich kann Sie nur bitten: Geben Sie im Zweifelsfall den Druck nach oben weiter. Wir sind hier, um den Druck an Sie zu geben, und das kann manchmal auch unangenehm und nervig sein, aber geben Sie diesen Druck weiter und verändern Sie Ihre Prioritäten, erhöhen Sie die Budgets, die Personalstrukturen und stellen Sie diese auch in Frage. Die Möglichkeiten sind da. Es ist einfach eine Frage, wie Herr Quaschnig gesagt hatte, ob wir das wollen oder nicht und ob wir auf irgendwelche Zwischentechnologien setzen wollen oder ob wir den Schritt gehen, der uns die Zukunftsfähigkeit ermöglicht. Alle, die auf Klimaneutralität gesetzt haben, freuen sich, weil sie nicht die hohen Gaspreise und reduzierte oder keine Benzinpreise bezahlen müssen.

Dann gab es noch Fragen zur Wirtschaft und zur Akzeptanz in der Bevölkerung. Da würde ich auch in Richtung Ordnungsrecht abzielen. Es ist schon so, glaube ich, dass eine hohe Akzeptanz da ist und die Unsicherheit das größte Problem ist, mit dem wir kämpfen. Wir hatten am PIK Stakeholder-Workshops, da saßen Wirtschaftsvertreter, die haben gesagt: Gebt uns einen CO₂-Preis. Er kann 100 Euro sein, er kann 200 Euro sein, er kann 300 Euro sein, das ist uns egal, aber gebt uns einen Preis, mit dem wir planen können. – Ich glaube, diese Unsicherheit, dieses ängstliche Schrittchen für Schrittchen ist viel schwieriger, als wirklich zu sagen, das ist das Ziel, wir gehen jetzt diesen ambitionierten Schritt, und wir machen das. – Ich glaube, in gewisser Weise gibt es in der Bevölkerung eine ähnliche Parallele. Was ich wahrnehme ist, dass solange die Möglichkeiten alle existieren – günstig in den Urlaub zu fliegen oder günstig Fleisch zu kaufen oder wie auch immer –, solange die Versuchung die ganze Zeit da ist, werden die Menschen in so einen Schlingerpfad kommen, und das Thema wird noch negativer aufgeladen werden als nötig. Ich glaube, eine klare Linie ist in dem Kontext viel hilfreicher als die permanente Angst und das Warnen vor einer Bevölkerung, die unter Umständen populistisch wählen könnte. Ich glaube nicht, dass der Anteil sehr groß ist, er ist in der Bevölkerung sicherlich da, aber er ist nicht die Mehrheit. Die Mehrheit hat Angst um ihre Kinder, um ihre Zukunft, und die wollen ambitionierten Klimaschutz. Das sollten wir unbedingt mitnehmen und diesen Menschen und der Wirtschaft Klarheit geben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Auer! – Als Nächstes ist Herr Zimmer an der Reihe. – Bitte schön!

Stefan Zimmer (Vertrauensperson) [zugeschaltet]: Frau Dr. Auer hat gerade auch zur Akzeptanz in der Bevölkerung ausgeführt – es wurde angesprochen, dass es vielleicht eine Spaltung in der Gesellschaft gäbe, die wir nicht unterschätzen dürften. Diese Spaltungsdiskussion wird ein bisschen überschätzt. Ich will kurz aus der More-in-Common-Studie von 2020 zitieren. Die hat untersucht, wie Klimaschutz in Deutschland akzeptiert wird: 80 Prozent der Deutschen sehen die Klimakrise – nicht mehr nur den Klimawandel, sondern die Klimakrise – als sehr relevantes Thema. Das zeigt sich auch über die letzten zwei Jahre. Natürlich haben wir viel über Corona gesprochen, seit einigen Monaten über den Ukraine-Krieg, aber die Klimakrise ist permanent unter den oberen drei wichtigsten Themen, wenn man sich die verschiedenen Bevölkerungsumfragen anschaut. In dieser More-in-Commons-Studie sagen auch

66 Prozent der Deutschen, wir wollen klare Regeln, also genau das, was meine beiden Vorredner gesagt haben. Sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung will ordnungsrechtliche Vorgaben, damit wir die Transformation besser hinbekommen, zum Beispiel das Verbot von Kurzstreckenflügen. Da könnte man auch populistisch sagen: Nein, da bekommen wir Gelbwestenproteste, wenn die Menschen nicht mehr nach Mallorca fliegen können. – Nein, 67 Prozent der Deutschen fordern ein Verbot von Kurzstreckenflügen. Das scheint aber bei manchen Politikern und Politikerinnen so noch nicht angekommen zu sein.

Vielleicht noch ganz kurz zum Klimabürger:innenrat, den wir auch genau deswegen gefordert haben, um die Menschen bei der Transformation besser mitzunehmen. Natürlich ist es ganz wichtig, den Prozess des Klimabürger:innenrats und dann vor allem auch die Empfehlungen gut in die Stadtgesellschaft über die Medien zu kommunizieren, aber ich glaube nicht, dass das das große Problem ist. Wir hatten extreme Einschränkungen der Bürgerrechte im Zuge der Maßnahmen der Coronapandemie. Da waren auch nicht 100 Prozent der Bevölkerung dahinter gestanden, es gab unschöne Proteste dagegen, aber ein großer Teil der Bevölkerung hat die Maßnahmen doch mitgetragen, und wir sind jetzt doch ganz gut durch die Pandemie durchgekommen. Daher ist mein Appell hier an der Stelle: Seien Sie mutig und schauen Sie auf die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, die diesen Weg gerne mitgehen möchte.

Dann wurde ich angesprochen, wie es mit diesen 100 Städten aussieht, die sich im Rahmen des EU-Programms bis 2030 und zum Teil bis 2035 verpflichtet haben, klimaneutral zu werden. Da muss ich sagen, dass ich die Klimaschutzprogramme der 100 Städte nicht im Detail kenne. Da müsste ich mich auch noch einlesen, bzw. mich mit Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort austauschen, aber würde Sie auch einladen, das zu machen. Die haben auch Stadtparlamente, mit denen Sie in den Austausch gehen könnten. Ich habe in der Vorbereitung gesehen, dass Lissabon, das ist auch eine der 100 Städte, gesagt hat, dass sie ein Drittel ihres gesamten Stadthaushalts in die Transformation zur klimaneutralen Stadt Lissabon stecken wollen. Das ist schon einmal eine ganz klare finanzielle Prioritätensetzung. Vorhin hatte Herr Quaschnig erwähnt, dass in Skandinavien schon in den letzten Jahren viel stärker auf Wärmepumpen gesetzt wurde. In Norwegen, Schweden, Finnland, Estland sind die Häuser zu 60 Prozent mit Wärmepumpen ausgestattet. Auch das könnte in Berlin wesentlich schneller gehen. Wie schon gesagt wurde, nicht jedes Haus, das mit Wärmepumpen beheizt wird muss vollständig saniert sein. Das müsste man ganz stark durch Förderung, auch durch Verbote von Einbauten neuer Gas- oder Ölheizungen machen. Das kann in 2022 nicht sein, da könnte man über Förderung und Verbote viel machen. Bei dem, was Sie auf Landesebene nicht regeln können, müssen Sie eben Druck auf die Bundesebene machen, dass solche Verbote kommen.

Als letztes Beispiel noch Kopenhagen – Kopenhagen ist auch bei den 100 Städten dabei –: Kopenhagen hat sich das Ziel gesetzt, sogar bis 2025 komplett klimaneutral zu sein. Die haben sich wesentlich früher auf den Weg gemacht. Klar können Sie jetzt sagen, die haben schon früher angefangen, aber das ist doch kein Argument, nicht jetzt hier in Berlin wirklich auch alles zu tun, was in Ihrer Macht steht und eben auch bürokratische Hürden, die zwischen Senat und Bezirksebene liegen, endlich mal anzugehen, über den Schatten zu springen und noch einmal einen Gang hochzuschalten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Zimmer! – Als Nächstes ist Frau Kramer dran. – Bitte schön!

Klara Kramer (Vertrauensperson): Vielen Dank! – Ganz viele Punkte wurden angesprochen, auf die ich gerne eingehen wollen würde. Ich glaube, ich starte mit einem Punkt, nämlich dass das Volksbegehren ein demokratisches Mittel ist. Man sollte es öfters betonen, dass es unfassbar wichtig ist, dass Menschen ihre Meinung sagen und wir demonstrieren können. Es ist unfassbar gut, dass dieses Recht in Deutschland erstritten und erkämpft wurde. Wir sehen es als Privileg an, dass wir das nutzen und hier sitzen können, dass wir Demos und Aktionen machen können. Man muss auch bedenken, wenn China, die arabischen Staaten usw. angesprochen werden, dass das Diktaturen, autokratische Regime sind, die teilweise Aktivisten von der Straße holen und einsperren. Ich habe schon mit Aktivisten aus China geredet, die sagen: Hey, ich kann nicht mit einem Schild auf der Straße stehen, weil ich sonst weggeschickt werde oder weil ich sonstwelche Maßnahmen befürchten muss. – Man muss bedenken, dass auch global gesehen die Klimakrise eine so dramatische Gerechtigkeitsfrage ist, weswegen ich direkt zum Thema Finanzen kommen möchte.

Wenn wir sagen würden, wir haben kein Geld für Klimaschutz, dann müssten wir auch sagen, dass wir unseren ganzen Reichtum, den wir in diesem Land haben, darauf aufgebaut haben, dass wir andere Länder ausgebeutet und von ihren Rohstoffen profitiert haben, und jetzt als Land, das die Klimakrise mit am meisten befördert und verursacht hat, kein Geld dafür haben. So kann man nicht argumentieren, und das stimmt faktisch auch nicht. Geld ist da, das sehen wir daran, dass es plötzlich einen Sonderhaushalt gibt. Warum gibt es beispielsweise keinen Sonderhaushalt Klimaschutz? Wenn wir jetzt das Geld nicht investieren, werden wir es in ein paar Jahren doppelt, dreifach, vierfach ausgeben müssen, um zu versuchen, die Folgen der Klimakatastrophe abzufedern und zu bezahlen.

Ich würde auch gerne auf den Punkt, dass Berlin nicht alleine klimaneutral werden kann, eingehen. Herr Quaschnig hat das schon gesagt, Berlin wird nie alleine klimaneutral werden. Ob wir als Ziel 2030 oder 2045 haben, wir werden auf jeden Fall immer mit Brandenburg zusammenarbeiten müssen. Man muss auch sagen, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung nicht nur in Berlin aktiv ist, sondern bundesweit, in verschiedenen Ländern und auch versucht, die Europaebene zu beeinflussen. Ich höre das Argument häufig, auch wenn ich mit Bundestagsabgeordneten geredet habe, kommt das genauso: Hey, die Länder sind da gefordert, die Europaebene ist da gefordert, wir können bei diesem oder jenen Punkt nicht so viel machen. – Jede einzelne Ebene ist gefordert und muss ihren Beitrag dazu leisten. Weil der Fachkräftemangel ganz oft angesprochen wurde: Bildungspolitik ist Ländersache, und hier kann das Land am meisten machen. Da sind wir sehr froh, wenn es heißt, dass eine Fachkräfteoﬀensive angestrebt wird. Ja, die brauchen wir sofort, so schnell wie möglich, weil das lange Prozesse sind, weil wir Fachkräfte nicht morgen in ausreichender Zahl zur Verfügung haben, müssen wir jetzt damit anfangen, damit wir sie noch in ausreichender Menge möglichst früh haben. Tatsächlich ist das eine Problematik, die die Klimagerechtigkeitsbewegung auf dem Schirm hat. Es gibt zum Beispiel auch Azubis for Future, es gibt eine bundesweite Kampagne bei Fridays for Future, die genau dieses Problem adressieren.

Das Thema Landwirtschaft wurde angesprochen. Ich finde, dass ist gerade in der Debatte in Berlin ein viel zu wenig diskutiertes Thema, insbesondere weil wir nicht wirklich viele Agrarflächen in Berlin haben und da vor allem von Flächenländern abhängig sind. Dass die Lebensmittelverschwendung immer noch weiter anhält, ist ein Skandal. Seit Jahren wissen wir, dass unglaublich viele Tonnen Lebensmittel einfach weggeschmissen werden. Da hätte man schon vor Jahren etwas machen können; ein ganz großes Thema.

Zum Thema soziale Gerechtigkeit und Akzeptanz: Vielleicht würde ich gerne mit einem Vorurteil aufräumen, das mir ab und zu begegnet, nämlich dass das Thema den Menschen in den Außenbezirken egal ist, was faktisch nicht stimmt. Ich lebe in Hohenschönhausen, ich bin dort aufgewachsen und kann sagen, dass das Thema den Menschen nicht egal ist. Gerade die Menschen, die in den Außenbezirken leben, sind auf ein gutes Infrastrukturnetz angewiesen. Wenn es da jedes Jahr Preiserhöhungen bei den Tickets gibt, bringt das Leute wirklich in Probleme, weil sie dann entscheiden müssen, ob sie sich das Bioprodukt noch kaufen können: Alle sagen, ich soll das machen, aber ich muss noch die Fahrttickets zum Sozialamt oder wo auch immer hin bezahlen. – Es geht doch nicht, dass Menschen in so ein Dilemma kommen. Deswegen müssen die Außenbezirke auf jeden Fall mitbedacht werden.

Akzeptanz fördern: Das sehen wir einerseits selbst als Aufgabe. Wir sind eine breite gesellschaftliche Bewegung, die, wie gesagt, aus allen Bereichen Berlins kommt, die aus ganz vielen verschiedenen Berufsbereichen oder wie auch immer kommt. Alleine die Anzahl der ForFuture-Gruppen, die es gibt, kann ich hier schon nicht aufzählen. Es kommt aus der Breite der Bevölkerung. Man darf auch nicht vergessen, dass es Menschen gibt, die sich Sorgen machen: Hey, ich muss meine Miete zahlen und wenn jetzt überall energetisch saniert wird, muss ich da mit Mietsteigerungen rechnen? – Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass die Gentrifizierung weiter befeuert wird. Da sehe ich ein bisschen die Aufgabe von Ihnen als Abgeordnete. Sie sind Repräsentanten der Bevölkerung, von Ihren Wählerinnen und Wählern, und Sie müssen sagen: Klimaschutz ist ein wichtiges Anliegen, wir sind da hintendran, und wir sind dafür verantwortlich, dass das sozial gerecht ausgestaltet wird. – Ich finde, gerade die Coronakrise hat gezeigt, wie viel möglich ist, wie viel reingesteckt werden kann, aber auch was es für Auswirkungen hat, wenn solche Maßnahmen nicht sozial gerecht verteilt werden. Die Coronakrise hat die Situation viel schlimmer gemacht. Ärmere Menschen sind noch ärmer geworden, es gibt so viel mehr Milliardäre, die durch die Coronakrise noch reicher geworden sind. Durch die Coronakrise haben wir Polarisierung, Spaltung, Politikverdrossenheit etc., und das zeigt ganz gut, dass wir Maßnahmen ergreifen können und müssen, aber das die, wie gesagt, vor allem sozial gestaltet werden müssen.

Schlussendlich heißt es auch soziale Akzeptanz. Ich finde, die kommt am ehesten auf, wenn am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie ist. Eine ganz bekannte Maßnahme ist – manche nennen es Energiegeld, andere CO₂-Dividende –, wenn die Einnahmen aus dem CO₂-Preis gerecht verteilt werden und damit unterm Schnitt die Menschen, die unterdurchschnittlich viel CO₂ emittieren, was nun einmal auch Haushalte mit geringen Einkommen sind, unterm Strich mehr zur Verfügung haben. Das große Problem sind nicht die einfachen Leute, die die Klimakrise anfeuern, sondern vor allem große, internationale Konzerne, die Profite dadurch aufbauen, dass sie die Umwelt, Menschen, Rohstoffe und das Klima ausbeuten. – Das wäre es erst einmal, danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Kramer! – Als Nächstes ist Frau Schäfgen dran. – Bitte!

Génica Schäfgen (Vertrauensperson): Das ist eine ganz gute Überleitung zur Wirtschaft und den großen Konzernen. Ich würde als Erstes auf die Fragen von Frau Wolff eingehen. Natürlich sitze ich hier und vertrete ein Unternehmen, das aus der Motivation heraus gegründet wurde, Ökosysteme zu regenerieren und das Klima zu schützen. Das heißt, ich repräsentiere

nicht die ganze deutsche Wirtschaft. Ich glaube nicht, dass sich jemand von RWE daneben setzen und das Gleiche sagen würde wie ich. Dennoch gibt es einige Initiativen in Deutschland von Unternehmen, die sich zusammengeschlossen haben und sich selbst ambitionierte Ziele setzen und nach außen hin von der Politik genau solche fordern, allen voran Entrepreneurs for Future, aber auch Leaders for Climate Action. Es gibt ganz viele Stiftungen. Dahinter stehen die Digitalwirtschaft, aber auch alteingesessene Familienunternehmen wie z. B. Otto – das dazu.

Nun zu Ihrer Frage, warum erst jetzt: Ich glaube, das ist eine ziemlich gute und wichtige Frage, die wir uns alle in diesem Raum stellen müssen, nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik. Warum erst jetzt? – Ich glaube, die Antwort ist die falsche Priorisierung, der fehlende Druck und das fehlende Wissen. Jetzt haben wir das Gespräch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die uns sagen, hier ist das Wissen. Wir haben den Druck von der Straße, von Aktivistinnen wie Klara, wir haben die Bürgerinnen und Bürger, die ein Volksbegehren unterschrieben haben. Der Druck ist da. Jetzt liegt es an der Priorisierung. Das gilt für uns als Wirtschaft, es gilt aber auch für die Politik. Jetzt ist der Zeitpunkt, an dem man handeln und richtig entscheiden muss. Noch einmal zu der Frage in Richtung der Unternehmen, die das nur aus Druck heraus machen: Meinetwegen, dann machen die das. Dann machen die das, um vielleicht irgendwie für Konsumentinnen und Konsumenten attraktiver zu sein, solange das, was sie machen, Hand und Fuß hat. Dafür brauchen wir wieder die Politik, die die richtigen Maßnahmen und Gesetzesentwürfe vorbringt, damit wir sicherstellen können, dass kein Greenwashing entsteht.

Der Punkt der Priorisierung bringt mich zu meinem letzten Punkt, den ich vor allem an Frau Dr. Karcher richten möchte, aber auch generell an alle, die gesagt haben, es klappt irgendwie nicht. Ich bin Berlinerin, und ich habe seit 30 Jahren sehen dürfen, wie viel Berlin gemacht hat, wenn es um den Klima- und Umweltschutz geht. Ich schätze das wahnsinnig, auch die Bemühungen, die sie als neue Regierung anstreben. Nichtsdestotrotz habe ich auch gesehen, was die Berliner Verwaltung als Status quo vorbringt. Ich glaube, wenn man diesen Status quo weiterdenkt und glaubt, ambitionierte Ziele kann man nur erreichen, wenn man in der Verwaltung so weiter denkt wie bisher, dann funktioniert das nicht. Ich möchte mir das wirklich nicht anmaßen, aber aus der Perspektive eines Unternehmens – was natürlich anders funktioniert – ist es so, dass, wenn wir uns ambitionierte Ziele setzen, und wir sehen, da gibt es ein Problem in den Strukturen und den Prozessen, dann müssen wir die lösen. Das ist eine Frage von Ressourcenverteilung, von besseren Prozessen und ich weiß nicht, was Sie noch für Methoden haben. Ich glaube aber, dass man da nicht die Konversation beenden darf. Ich traue der Berliner Verwaltung mehr zu, und ich traue vor allem der Stadt Berlin zu, dass sie eine Vorreiterrolle einnimmt, wenn es um Klimaschutz geht, und dass klimaneutral 2030 möglich ist, wenn wir es wirklich wollen. Da geht es wieder um Priorisierung. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank! – Wir können eine zweite Rederunde machen. Dazu hat sich Frau Wolff gemeldet, und ich bitte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit um kurze Redebeiträge.

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank für die ganzen Ausführungen und dass Sie auf die Fragen eingegangen sind, Frau Schäfgen! Das fand ich schon sehr wichtig und richtig, dass Sie das so gut ausgeführt haben. Ich möchte zum Anfang, zu Herrn Dr. Quaschnig, sagen: Die skandinavischen Länder sind schon länger voraus, aber es gibt dabei auch ein paar Länder, die ande-

re Voraussetzungen haben wie Norwegen. Die haben ganz andere Ressourcen, mit denen sie umgehen können. Das entschuldigt aber nicht, dass wir das nicht auch machen können. Ich komme selbst aus Schleswig-Holstein und kann Ihnen sagen, dass ich erst seit 20 Jahren Berliner bin, aber das, was ich vorher erlebt habe, war „Atomkraft nein danke!“, und da war ich voll dabei. Jetzt war ich kurz drüben, weil ich mir anschauen musste, dass da schon wieder Terminals für das schöne Flüssiggas gebaut werden sollen, also für Gasvorkommen, das den Menschen dort vor Ort auch nicht gefällt. So laut wurden sie dann im Gehör auch nicht wahrgenommen. Das ist ein bisschen schade, ich weiß auch, dass Fridays for Future vor Ort war und sich das angeschaut hat. Da war ich sehr begeistert und sage auch hier, dass ich Engagement an dieser Stelle richtig finde. Das nehmen die Menschen schon wahr. Das ist halt ein langer Prozess, weil gerade in diesen Gegenden wird das wahrgenommen, weil sie diesen Umstand schon hatten, zum Beispiel mit einer großen Industrie, die plötzlich brachliegen soll, oder sie haben Atomkraftwerke, die stillgelegt werden und nach wie vor ein Problem sind, während Frankreich uns sagt, dass sie an Atomkraft festhalten. Für mich war das nicht so einfach, als uns das so mitgeteilt wurde. Ich glaube, dass der Protest schon da ist, und dass der durch Ihre Aktivierung noch einmal viel bewusster wurde. Wir wollen nicht von der jungen Dame anfangen, aber sie hat es auch mit erreicht. Da setzt sich ein junges Mädchen vor eine Institution, sitzt da so lange, bis man auf sie aufmerksam wird und erreicht eine große Menge an jungen Menschen, die sich dem Thema anschließen und die in den letzten Jahren das Bewusstsein darüber geschaffen haben. Ich finde, was die Wirtschaft angeht, zu sagen, dass die Wirtschaft vor zwei bis drei Jahren angefangen hat, ist ein ganz schön kurzer Zeitraum – insofern glaube ich nichtdestotrotz, dass sich die Wirtschaft schon viel länger damit befasst hat. Wir wissen das, weil 1994 vom Umweltschutz geredet wurde, jetzt sind wir bei dem Wort Klimaschutz gelandet, aber wenn wir uns das genau anschauen, was da schon alles gesagt wurde, ist das nicht gerade wenig und weist eigentlich auch schon sehr lange auf diese Folgeschäden hin.

Die Zusammenarbeit mit Brandenburg wurde angesprochen. Das finde ich sehr interessant, auch Außenbezirk – ich selbst bin im Außenbezirk und sitze fast direkt neben der Gigafactory, die nun gebaut wird, die dazu beitragen soll, dass keine Verbrennermotoren auf der Straße sind, sondern elektrisch angetriebene Fahrzeuge – auch ein bisschen umstritten, das will ich gar nicht zur Debatte stellen. Ich will damit nur sagen, dass man das Für und Wieder und das Pro und das Contra merkt. Das merken wir gerade auch in Brandenburg. Wir sagen, da wird Wasser entzogen, und auf der anderen Seite wird es gebraucht. Ich war zum Beispiel gerade auf der Landesgartenschau – da waren zwar Frösche zu hören, aber nicht zu sehen, weil da kein Wasser war. Die hatten in ihren Gräben kein Wasser. Die haben auch gesagt, wir haben gerade kein Wasser, wir haben nicht genug Regen, wir haben tatsächlich im Moment das Wasser nicht. Den Klimawandel hier zu leugnen, wäre fatal, das wäre Quatsch. Der ist schon sehr deutlich sichtbar. Nichtdestotrotz, die Gigafactory sitzt uns vor der Tür und auch da haben wir gesagt, was passiert als Ausgleichsflächen? Die Landwirtschaft muss dann auch zurückweichen – was passiert hier? Da sind auch Aktivisten, die auch mit dieser Gigafactory nicht im Einklang sind, nichtdestotrotz ist sie ein Produkt aus dem, was man gerne wiederum als Ersatzmöglichkeit haben möchte zur Fortbewegung. Selbstverständlich muss der ÖPNV ausgebaut werden, das ist gar keine Frage. Dazu hat sich Berlin nun wirklich deutlich bekannt. Ich glaube, das ist wirklich die Nummer eins, und gerade in den Außenbezirken sind wir immer ganz stark schon damals in der Kommunalpolitik damit beschäftigt gewesen, dass sogar die Tarife ausgeweitet werden sollen, damit wir noch mehr in die Außengebiete kommen können und dass das mit dem neuen Regionalverkehr, der kommen soll, mit 20-Minuten-

Takt usw., auch passieren soll. Ich finde, das sind ganz wichtige Schritte, und die müssen zügig passieren – im wahrsten Sinne des Wortes; die Züge müssen zügig rollen. Das glaube ich auch tatsächlich.

Frau Kramer! Sie haben sich gerade mit voller Kraft so richtig reingehängt –, ich finde das toll, bleiben Sie da bitte dabei. Für mich war das ganz wichtig, Sie heute noch einmal zu hören. Ich glaube, es ist ganz wichtig, da dran zu bleiben und wir müssen selbstverständlich unser Bestes für uns alle geben, damit das auch passiert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Wolff! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist der Fall. – Herr Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Es war wirklich eine spannende Sitzung. Ich will nicht versäumen, zur Versachlichung der Situation auf ein interessantes Buch von einem ehemals sozialdemokratischen Politiker hinzuweisen, Fritz Vahrenholt. Es heißt „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“. Hier geht es nicht um Leugnung, da wird die Erderwärmung schon festgestellt, aber die Hintergründe beleuchtet, was heute auch angesprochen wurde, auch Hitzetode, heute sterben mehr Leute an Kälte als an Hitze. Da sind einige Sachen drin, die man sich anschauen sollte. Zur Versachlichung kann das nicht schaden. Wir werden das in den nächsten Jahren weiter erleben, wie die Diskussion weiter läuft und wie wir womit und welchen Kosten vorankommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Herr Reifschneider!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank! – Berlin legt meines Erachtens einen Sprint hin, um bis 2045 klimaneutral zu werden. Ich habe eine gewisse Hoffnung, dass es gesellschaftliche Dynamiken gibt, die uns ermöglichen, schneller und früher klimaneutral zu sein. Es gibt in der Klimawissenschaft die physikalischen Kipppunkte, aber es gibt in der Gesellschaft auch soziale Kipppunkte, wo sich bestimmte Entwicklungen selbst positiv verstärken. Ich gehe davon aus, dass wir deswegen möglicherweise schon vor 2045 klimaneutral sein können. Insgesamt sollten wir in der Klimadebatte trotzdem darauf achten, dass wir auch in einem internationalen Geleitzug bleiben. Wir haben eine Bundesdimension, die wir einhalten müssen, wenn es um die Energieversorgung und den rechtlichen Rahmen geht, wir haben eine europäische Dimension, in die wir uns einordnen müssen. In den letzten Wochen habe ich sehr viel über EU-Taxonomien usw. gesprochen. Das sind die Dimensionen, an die wir als Berliner Politikerinnen und Politiker nicht eigenständig und selbstständig rankommen. Ich glaube, das begrenzt ein Stück weit auch unseren Handlungsspielraum.

Weil vorhin auch die Coronapandemie angesprochen wurde, was da möglich gewesen sei und welche gesellschaftliche Mehrheiten es in Umfragen, nicht in Wahlen, gab: Das ist ein Spannungsfeld zwischen Grundrechtsschutz und Mehrheitsmeinung. Es gibt die Grundrechte, die geschützt bleiben müssen, selbst wenn eine Mehrheit bestimmte Dinge anders sieht. Das war in der Coronapandemie so, dass Grundrechte nicht durch Umfragemehrheiten ausgehebelt werden dürfen, und das wird auch in der Klimapolitik so sein. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Möchte der Senat das Wort erteilt bekommen? – Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich würde nicht noch einmal die Gesamtdiskussion kommentieren wollen; dazu habe ich zu Anfang einige Worte gesagt. Ich begrüße sehr die extrem konstruktive und zielgerichtete Diskussion, die wir hier führen und das macht mich auch optimistisch und hoffnungsvoll für die nächsten Jahre, dass wir in Sachen Klimaschutz gemeinsam voranschreiten und das Mögliche schaffen.

Es gab ein paar konkrete Fragen – einmal die Beteiligung European Green Deal –: Wir werden selbstverständlich analysieren, was uns da potenziell an Mitteln zur Verfügung steht und nach Möglichkeit darauf zugreifen, um die uns schon jetzt aus eigenem Haushalt, aus Bundesmitteln etc. zur Verfügung stehenden Mittel zu ergänzen. Dass wir zusehen, dass wir das Geld, das uns zusätzlich zum eigenen Haushalt für Klimaschutz zur Verfügung gestellt werden kann, auch wirklich zu nutzen, wird ein Schwerpunkt sein.

Die 100 Städte waren eine Initiative, die mit dem Green Deal nichts direkt zu tun hatte, sondern das war eine separate Initiative. Der haben wir uns aus den Gründen nicht angeschlossen, warum wir auch gesagt haben, dass wir ein Klimaschutzziel von Klimaneutralität in 2030, minus 70 Prozent in 2025, einfach nicht sehen. Wir sehen nicht, wie wir das erreichen können. Für uns ist das eine Form von Redlichkeit – ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass wir den Klimaschutz wirklich ernst nehmen, und wir nehmen den so ernst, dass wir keine Symbolpolitik machen wollen, nach dem Motto: Schreiben wir mal ein höheres Ziel rein. Wenn das nicht erreicht wird, wird es halt nicht erreicht. – So wollen wir nicht vorgehen, sondern wir wollen tatsächlich redlich bleiben und nicht behaupten, dass wir Dinge erreichen können, von denen wir das vom jetzigen Stand nicht glauben.

Auf die Frage, wie das die anderen machen: Das werden wir uns sicherlich noch einmal anschauen, aber ehrlich gesagt, das frage ich mich auch. Teilweise gibt es sicherlich Städte, die eine bessere Voraussetzung haben, die in einem Umfeld sind, wo man vielleicht schon 100 Prozent erneuerbaren Strom oder Ähnliches hat, teilweise in Ländern, wo mit Holz geheizt wird und das als klimaneutral angerechnet wird. Da bin ich ein bisschen skeptisch, ob das wirklich der Weisheit letzter Schluss ist und wie gut das in letzter Konsequenz für den Klimaschutz ist, wenn in Schweden hauptsächlich auf Holzheizung gesetzt wird und damit rechnerisch klimaneutral geheizt wird. Da gibt es viele Fragen, aber ich habe durchaus auch, wenn ich ehrlich sein soll, die Sorge, dass sich die eine oder andere von diesen Städten tatsächlich symbolisch angeschlossen und gesagt hat: Na ja, das können wir uns mal vornehmen, und wenn wir es nicht einhalten, passiert erstmal auch nichts. – Genau diesen Weg wollten wir aus Redlichkeit, aus Ehrlichkeit, aus Engagement für den Klimaschutz nicht gehen.

Dann noch die Frage nach Personal: Ja, wir haben weiterhin – das wissen alle – Bedarf. Die Berliner Verwaltung ist in den vergangenen Jahren sowohl in den Senatsverwaltungen als auch in den Bezirken stark bespart worden. In den vergangenen Jahren der letzten Legislaturperiode wurde da etwas aufgebaut. Da ist weit mehr nötig, um sowohl den Stadtumbau in Sachen Klimaanpassung als auch die notwendigen Klimaschutz- und Minderungsmaßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen. Das ist keine Frage, da ist im Haushalt ein bisschen was passiert, aber es ist klar, da könnten wir uns noch deutlich mehr vorstellen.

Noch ein Hinweis in Sachen Personal: Für Teile der Dinge, über die wir gesprochen haben – Gebäude, erneuerbare Energien im Strombereich –, ist nicht die Umweltverwaltung federführend, sondern das liegt teilweise bei der Bauverwaltung und der Energiebereich bei Wirtschaft, Energie und Betriebe. Insofern ist das nicht alles Personal, das bei mir sitzt, sondern das ist auch Personal in anderen Senatsverwaltungen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Dr. Karcher! – Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz erläutern, wie mit dem Volksbegehren weiter verfahren werden kann. Erstens – ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens –: Wir sind gesetzlich nach § 17a Abs. 1 des Abstimmungsgesetzes – AbstG – verpflichtet, die Beratungen des Volksbegehrens und die Anhörung der Vertrauenspersonen im Ausschuss durchzuführen. Daher würden wir nun eine Mitteilung an das Plenum mit dem Inhalt, dass die verfassungsgemäßen und gesetzlichen Vorgaben für das Verfahren ordnungsgemäß von uns durchgeführt worden ist, geben. Zweitens – Beschlüsse darüber hinaus –: Darüber hinaus steht dem Ausschuss auch die Möglichkeit offen, dem Plenum zu empfehlen, das Begehren anzunehmen oder abzulehnen. Falls eine explizite Ablehnung gewünscht ist, führt das nach § 18 Abs. 1 des Abstimmungsgesetzes da-

zu, dass die Trägerin die Durchführung des Volksbegehrens vorzeitig verlangen kann. Falls keine explizite Ablehnung gewünscht ist oder sich unser Ausschuss nicht über die Durchführung des Verfahrens hinaus verhält, kann die Trägerin des Volksbegehrens die Durchführung des Volksbegehrens dann verlangen, wenn das Abgeordnetenhaus das Begehren nicht innerhalb von vier Monaten in seinem wesentlichen Bestand annimmt. Das würde bedeuten, dass das Begehren spätestens am 1. September 2022 hier im Ausschuss und am 8. September 2022 im Plenum behandelt werden müsste. Gibt es über die Durchführung des Verfahrens hinaus Anträge der Fraktionen hierzu? – Das ist nicht der Fall. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die explizite Ablehnung des Volksbegehrens nach § 18 Abs. 1 AbstG dazu führt, dass die Trägerin die Durchführung des Volksbegehrens vorzeitig verlangen kann. – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Dann müssen wir es jetzt formal machen, dass ich für die Koalition beantrage, dass wir heute im Ausschuss über das Volksbegehren abstimmen und dass wir als Koalition, auch wenn es uns inhaltlich schwer fällt, weil wir die Ziele durchaus teilen, die Ablehnung des Volksentscheids befürworten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Gibt es eine Gegenrede? – Das nicht der Fall.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Eine kurze Ergänzung: Wir würden die Abstimmung auch dringlich machen, damit es in das nächste Plenum kann und nicht mit dem Haushaltsplenum zusammenfällt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Gut, dann stimmen wir über die Ablehnung oder Annahme des Volksbegehrens ab. Wer ist für die Ablehnung? – Das sind alle Fraktionen. Dann kann es keine Gegenstimme und keine Enthaltung geben. Damit ist das Volksbegehren abgelehnt. Die Dringlichkeit ist gewünscht; das stellen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür, dass das in das nächste Plenum dringlich eingebracht wird? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die CDU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Keiner. Wer enthält sich? – Das ist die FDP-Fraktion. Dann wird das dringlich in das nächste Plenum eingebracht. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum. Ich stelle fest, dass das im Artikel 62 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 17a und 18 AbstG festgehaltene Verfahren hiermit durchgeführt worden ist. – Vielen Dank an die Vertrauenspersonen und Anwesenden für die Teilnahme an der heutigen Sitzung! Sie sind damit entlassen. Einen schönen Tag Ihnen! – [allgemeiner Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung – neu –

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.